

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Mittwoch, 3. April 1935

Nr. 79

Aenderungen am Quorum?

Die politischen Minister sollen
entscheiden

Prag. Nach der dienstägigen Plenar Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der eine ganze Reihe von Vorlagen, bis auf eine Ausnahme, debattiert worden waren, fand eine Koalitionsberatung im Beisein des Innenministers statt, die sich mit der Wahlgesetzgebung befaßte. Dabei wurden Einwendungen gegen das Quorum erhoben, bzw. angeregt, daß bei Erreichung des Quorums die weitere Bedingung, daß im ersten Struktinum unter allen Umständen ein Grundmandat erreicht werden muß, in Wegfall komme; das wäre in erster Linie auf die jüdische Partei zugeschnitten, die wohl das Quorum, aber nur schwer oder gar nicht das Grundmandat in einem Wahlkreis aufbringen könnte. Am Mittwoch werden sich die politischen Minister mit diesen Anregungen befassen, worauf am Nachmittag erneut die Koalition zusammentritt. Der Verfassungsausschuß, der die Vorlage behandeln sollte, begnügte sich infolgedessen mit der Abführung der Generaldebatte; die Spezialdebatte wurde auf Donnerstag früh vertagt.

Daneben gelang es, in den Ausschüssen die Vorlage über den Schutz gegen Fliegerangriffe mit einigen Aenderungen zur Annahme zu bringen. Hier gab es eine Zeitlang Differenzen über die Frage, wer für die Kosten der einzubauenden Deckungen gegen Fliegerbomben aufkommen soll. Die Vorlage ist nunmehr für das Plenum verhandlungsfähig.

Im Plenum wurde die Neuregelung des Strafrechts mit keinen Aenderungen an der Senatsskizze, die die Verurteilung von Missetatigen (Amnestionsgesetz), die Novelle zum Militärstraf- und Disziplinarrecht, die Neuorganisation der Staatsanwaltschaft als selbständige Senate bei den Obergerichten und die Gerichtsreformnovelle, die die nichtöffentliche Verhandlung von Nichtangeklagten vor dem Obersten Gerichtshof auch in der Sache selbst zuläßt, und schließlich das Kollektiv mit Rumänien anzunehmen. Bei der Verhandlung von Immunitäten wurde eine Schutzgesetzgebung des Abg. Kallina über Antrag Schödl in Einklang mit dem Referenten an den Ausschuss übergeben. Nächste Sitzung Donnerstag, den 4. April um 11 Uhr.

Nach den bisherigen Dispositionen wird das Haus zur Erledigung der restlichen Vorlagen auch noch in der nächsten Woche bis längstens Freitag einige Sitzungen abhalten. Es wird zwar von der Möglichkeit gesprochen, daß das Haus nach den Osterferien noch einmal zu einer kurzen Sitzung zusammentritt, doch gilt das als nicht sehr wahrscheinlich. Es ist eher damit zu rechnen, daß unmittelbar nach den Osterferien die Auflösung des Hauses und die Ausschreibung der Neuwahlen erfolgt. Als wahrscheinlichster Wahltermin gilt immer noch der 26. Mai.

Eden in Warschau

Warschau. (Tsch. P. B.) Den ersten Tag des Außenabts Minister Edens in Warschau füllten vormittags Konferenzen mit Außenminister Bed in Gebäude des Außenministeriums aus. Sie dauerten von 11 bis 13 Uhr. Nach dieser Konferenz begab sich Minister Eden in Begleitung des Außenministers Bed in das königliche Schloss, wo er vom Präsidenten der Republik empfangen wurde. In den Nachmittagsstunden setzte Minister Eden seine Konferenzen mit Außenminister Bed fort.

Nach Abschluß der Nachmittagskonferenz wurde Eden um 18 Uhr von Marschall Pilsudski im Belvederepalais empfangen. Die Konferenz Edens mit Pilsudski nahm ungefähr eine Stunde in Anspruch; ihr wird in politischen Kreisen große Bedeutung beigelegt.

Es heißt, daß die polnische Regierung in Anbetracht des Litzkauer Paktes ihre bisherige Haltung nicht geändert hat, obwohl sie bereit sei, an den Arbeiten betreffend die Schaffung von kollektiven Sicherheitsgarantien unter dem Vorbehalt mitzuwirken, daß dieselben die von der polnischen Regierung in den direkten Beziehungen zu ihren westlichen (!) und östlichen Nachbarn erzielten Resultate nicht abschwächen werden.

Der Prozeß des Fürsten Starhemberg

Die Verteidiger der Verfassung vor dem Gericht der Eidbrüchigen

Am Dienstag begann in Wien Starhembergs Prozeß. Es ist der Prozeß, den der erfolgreiche Verfassungsbrecher Starhemberg gegen die Führer des Wiener Schubundes, also jene Männer, die sich für die Verfassung Oesterreichs einsetzten, führen läßt. Der Major Eifler, der Hauptmann Löw und neunzehn Gruppenführer des Wiener „Republikanischen Schubundes“ sollen nach dem Willen Starhembergs deshalb verurteilt werden, weil sie seinem Hochverrat Widerstand leisteten wollten. Daß die überwiegende Mehrzahl von ihnen schon vor Beginn der Febrerkämpfe in Haft war, gegen Starhembergs Hochverrat also gar nicht kämpfen konnte, vollendet nur das Bild dieses einzigartigen Prozesses, bei dem der Hochverräter Ankläger und der Verfassungstreue Angeklagter sein soll.

Zu diesem Prozeß meldet sich nun eine gewichtige Stimme zum Wort. Es sind eine Reihe von Dokumenten, die beweisen:

1. Daß die Gründung und Bewaffnung der Heimwehren, also der faschistischen Sturmtruppen, der Gründung und Bewaffnung des verfassungstreuen Republikanischen Schubundes voranging, diese also nur die Folge und Krönung der ersten war;

2. Daß der Republikanische Schubund von den verfassungsmäßigen Behörden Oesterreichs, darunter dem christlichsozialen Innenminister Baumgartner anerkannt wurde, so daß sie sogar in den Räumen des Schubundes mit diesem über seine Mittelwirkung bei der Landesverteidigung verhandelten, ihm Waffen in Aussicht stellten und tatsächlich gaben, ja ihm die Anerkennung als Polizeitruppe und die Versorgung der Hinterbliebenen durch den Bund in Aussicht stellten, und daß Offiziere des Bundesheeres mit dem Hauptangeklagten im Schubundprozeß, Major Eifler, über militärische Einzelheiten berieten;

3. Daß umgekehrt die Heimwehren im Jahre 1931 einen offenen Putschversuch unternahmen, den die Regierung in härtesten Worten geißelte, ohne jedoch ernsthaft einzuschreiten, und daß dieselben Heimwehrmänner heute Minister sind, während ihre damaligen Gegner, die sie im Namen der Verfassung bekämpften, auf der Anklagebank sitzen;

Daß der Republikanische Schubund wiederholt in öffentlichen Erklärungen im Parlament seine Bereitschaft zur inneren Abklärung ausgesprochen hat, sofern auch die Gegenseite dazu bereit sei, und daß dieses Anerbieten von der Regierung zurückgewiesen und damit die innere Abklärung vereitelt wurde.

Die Verantwortung für den Bürgerkrieg des Febrer 1934 fällt also eindeutig und ausschließlich auf die Schultern der österreichischen Regierung. Döllinger und seinen Bundesgenossen aus der Heimwehr, also vor allem der Herren Starhemberg und Kersch.

Daß die feigen Hochverräter sich nicht damit begnügen, Hunderte von verfassungstreuen Arbeitern in den Kämpfen des Febrer niedergemetzelt, zwölf ihrer besten Männer gefesselt, Tausende in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefesselt, Hunderte in die Emigration getrieben zu haben, daß sie sich jetzt noch anstücken, die bestgütigen Verfassungstreuen für ihre Verfassungstreue zu bestrafen — das wird auch in einer vom Faschismus moralisch zersetzten Welt auf Empörung stoßen.

Beweis dafür die gewaltige Protestbewegung, die sich in der Abwendung eines Massenprotestes mit zahlreichen gewichtigen Unterschriften führender Persönlichkeiten aus vielen Ländern äußerte.

Der österreichische Faschismus hat in diesem Prozeß nichts zu gewinnen. Das beweisen die Dokumente der Verhöre, von denen einige im Faschismus wiedergegeben sind. Der Prozeß kann nur eine neue Entlarvung der Austrofaschisten werden. Die Verhandlung gegen die Schubundführer wird zum Tribunal über Starhemberg. Es ist kein Prozeß, der in Wien verhandelt werden soll.

Wien. (Tsch. P. B.) Dienstag vormittags wurde vor dem Wiener Schwurgericht der große Hochverratsprozeß gegen 21 Führer des aufgelösten Republikanischen Schubundes eröffnet. Im Verhandlungssaal und im ganzen Gebäude wurden umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Auf der Anklagebank haben Platz genommen: Der Stadtschreiber des Schubundes Major a. D. Alexander Eifler, der Finanzreferent Hauptmann a. D. Rudolf Löw und die Kreisführer Franz Rusil, Josef Sidpela, Johann Polak, Anton Laubitz, Theodor Schubaer, der ehemalige Kommandant der Gemeindefolge Wilhelm Kohn, Heinrich Kad, Karl Lambroni, Josef Bernert, Franz Debat, Ludwig Diehl, Rudolf Post, Karl Kirchnerberger, Franz Gschost, Wilfried Stiz, Rudolf Dros, Ludwig Heinenman, Heinrich Kern und Wilhelm Spatz.

Zur Verhandlung, die mindestens zehn Tage dauern dürfte, sind 28 Zeugen geladen. Die Anklage lautet auf Hochverrat nach §§ 58 und 59 des Strafgesetzes, dessen sich die Angeklagten dadurch schuldig gemacht haben sollen, daß sie als Mitglieder der Zentralkommission des aufgelösten Schubundes in den Jahren 1932 bis 1934 Waffen und Munitionslager angelegt und im Jänner 1934 in einer gemeinsamen Sitzung beschloßen haben, bewaffneten Widerstand zu leisten, relative Zustimmung zum bewaffneten Widerstand gaben, wodurch sie nach der Auffassung des Staatsanwaltes an einer zum Aufbruch und zum Bürgerkrieg führenden Aktion teilnahmen.

Die Anklageschrift

Die Anklageschrift schildert ausführlich die Ereignisse in Oesterreich seit dem Jahre 1918, die zur Gründung des Schubundes im Jahre 1923 führten, und nimmt auch Bezug auf die Situation im Jahre 1933, in dem das Parlament aufgelöst wurde. Die nach Auflösung des Schubundes geschaffene Ordnung sei nach dem Muster des Republikanischen Schubundes aufgebaut gewesen und habe auch die gleichen Führer gehabt. Die Zentralkommission hatte ihren Sitz in Wien und lag in den Händen Dr. Otto Bauer, der Abgeordneten Julius Deutsch und Karl Heinz, ferner nahmen an der Leitung Major Eifler und Rudolf Löw teil. Außerdem bestanden in Wien fünf Kreis- und 21 Bezirksleitungen. Auch in der Provinz gab es derartige Organisationen. Die Ordnung sei wie der Republikanische Schubund in Regimentern, Bataillonen und Kompanien eingeteilt. In Wien gehörten ihr 15.000 und in ganz Oesterreich insgesamt 80.000 Mann an. Die Andrüstung bestand in den Waffen der Kriegsteilnehmer, wozu später Waffen durch Ankäufe in den österreichischen Fabriken oder aus dem Auslande geschmuggelte Waffen kamen.

Die Anklage schildert ferner die Erzeugung von Handgranaten, die auf Anregung des Angeklagten Rusil in einer Gießerei im 17. Wiener Bezirk ausgenommen worden war. Dort wurden 4500 Handgranaten hergestellt. Auch sonst wurden auf österreichischem Boden Waffen erzeugt. Die Anklage behauptet, daß der Republikanische Schubund respektive die Ordnung vor Ausbruch der Febrer-Revolution insgesamt 7000 Gewehre, 2000 Pistolen, 120 Maschinengewehre, 500.000 Schuß Munition und 4500 Handgranaten besaß.

Es folgt ein phantastischer Bericht über die Verhaftung von Rusil, die von der Sozialdemokratischen Partei angeblich zur Aufklärung der Diktatur angestrebt wurde. Die Anklageschrift will glauben machen, daß der Schubund mit den 7000 Gewehren gegenüber den gut 100.000 Gewehren und Hunderten Geschützen der Regierung eine offensive und völkische Taktik verfolgt habe. Freilich widerspricht sich das nachher von der Anklageschrift, indem es dauernd aufzeigt, wie die Sozialdemokratie von der Regierung bedrängt, die Organisationen schikanieren und durch die Verhaftungen und Waffensuchen der Bürgerkrieg provoziert wurde. Nachdem sie zuerst behauptet hat, die Sozialdemokraten hätten auf den Futsch und die Diktatur hin-

gearbeitet, gibt sie im folgenden die Zwangslage an, in der die Partei sich am 12. Febrer befand. Sie schildert sodann die bekannten Ereignisse in Linz und die Auswirkungen auf Wien. Die sozialdemokratische Parteileitung stand am 12. Febrer vormittags vor der Alternative, entweder sich vollständig entwaffnen zu lassen oder zum Angriff überzugehen. Die radikalen Elemente drängten zum Angriff und so sei die Parole zum Generalstreik ausgegeben worden. Die Anklage schildert weiter den Zusammenbruch des Generalstreiks, denn die Eisenbahnen, die Post, das Telephon und der Telegraph waren in Tätigkeit und auch im Vorgehen des Schubundes zeigte sich infolge der Verhaftung zahlreicher Führer keine Einheitsfront. Außerdem gab der Kommandant des Bezirkses Korbel, welcher die in der Richtung zur Mariabilderstraße vorrückenden Schubundabteilungen kommandierte, am Abend des 12. Febrer die Anordnung, zum Auseinandergehen.

Trotzdem sammelten sich in den Wiener Bezirken über 15.000 bewaffnete Angehörige des Republikanischen Schubundes an, und insbesondere im 10., 14., 12. und 21. Bezirke wurden viele Polizeiwachstuben und Kommissariate besetzt, welche Positionen von der Exekutive erst nach mehrtagelangen Kämpfen und nach Einsetzen von Artillerie, Infanterie und Panzerwagen wieder eingenommen werden konnten.

Nach der Schilderung dieser Ereignisse wird in der Anklageschrift erklärt, daß sämtliche Angeklagten des verbrecherischen Anlasses gegen den Staat mitschuldig sind. Die Anklageschrift schildert sodann die einzelnen Handlungen der Angeklagten und bezeichnet sie als Initiatoren und Führer. Es wird ihre strenge Bestrafung gefordert.

Einvernahme Eiflers

Nach Verlesung der Anklageschrift verfügte der Vorsitzende, daß das Verhör der Angeklagten mit jedem getrennt durchgeführt werde. Dr. Prechberger sprach sich namens der Verteidigung dagegen aus. Das Gericht gab dem Standpunkt des Vorsitzenden statt und die Angeklagten verließen mit Ausnahme des Majors Eifler den Saal.

Darauf begann das Verhör mit Eifler, der sich für unschuldig erklärte. Er schilderte seine militärische Karriere vor und während des Krieges, ferner seine Tätigkeit in der Volkswehr während des Amtsurzes und schließlich seinen Eintritt in die sozialdemokratische Partei und den Republikanischen Schubund. Nach dem Brande des Justizpalastes im Jahre 1927 erhielt Eifler von der Partei die Weisung, eine Reorganisation des Republikanischen Schubundes durchzuführen. Der Angeklagte schildert, wie er diese Reorganisation durchführte und wie er den Republikanischen Schubund auf eine militärische Grundlage stellte.

Der Vorsitzende fragt: „Zu was für einem Kampfe haben Sie sich vorbereitet, gegen wen?“

Angellager: „Gegen die Heimwehren oder Futschisten.“

Auf eine weitere Anfrage des Vorsitzenden antwortet Eifler, daß er bereits im Jahre 1929 einen Futsch erwartet habe. Der Vorsitzende stellt ihm sodann verschiedene Fragen betreffend die Ereignisse im Jahre 1931, worauf der Angeklagte die nach dem Futsch im Jahre 1931 getroffenen Maßnahmen des Republikanischen Schubundes schildert. Im Jahre 1932 entstand ein neuer Gegner, die Nationalsozialisten. Der Angeklagte stellt die Behauptung der Anklage in Abrede, daß es in Wien zu bewaffneten Ausschreitungen der Mitglieder des Republikanischen Schubundes kam. Es kam bloß zu einem Zusammenstoß, und zwar im Oktober 1932 beim Arbeiterheim im ersten Bezirk. Im weiteren Verlauf des Verhörs kommt die Rede auf den Kampfplan des Republikanischen Schubundes für Wien. Der Angeklagte gesteht, daß er selbst diesen Plan ausgearbeitet hat, und zwar auf Grund eines Generalstreiks. Zwölf Stunden nach Proklamierung des Generalstreiks sollte sich der

Republikanische Schutzbund in den Bezirken versammeln und Befehle abwarten.
 Vorsitzender: Haben Sie an die Möglichkeit von Kampferwidlungen geglaubt?
 Angeklagter: Ja.
 Haben Sie daran geglaubt, daß hieraus eine Gefahr für das ganze Land entstehen könne?
 Angeklagter: Ich hatte nicht das Gefühl.
 Vorsitzender: Es ist sonderbar, daß Sie als Offizier nicht das Gefühl hatten.
 Angeklagter: Ich bekenne, daß ich den Plan gemacht habe, um den Putschisten mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten.
 Vorsitzender: General Körner hat Ihren Plan sehr scharf kritisiert. Aus dieser Kritik geht hervor, daß Sie auf die Gefahr Ihres Planes aufmerksam gemacht wurden.
 Angeklagter: Zwischen mir und Körner be-

standen verschiedene Differenzen. Ich will über dieselben nicht sprechen. Körner wollte, daß der Republikanische Schutzbund überhaupt nur ein Verein bleibe.
 Vorsitzender: Wie verhält es sich mit dem Waffenschmuggel?
 Der Angeklagte erklärt, er wisse nur von einem Munitionsschmuggel von Maschinengewehren wisse er nichts. Der Vorsitzende legt dem Angeklagten einige Fragen in Angelegenheit des Militärmaterials des Republikanischen Schutzbundes vor. Der Angeklagte erklärt, daß er selbst nicht wußte, welches Material zur Verfügung steht. Das wußte nur Abgeordneter Deutsch. Auf die Frage bezüglich der Ereignisse vom 12. Februar antwortete der Angeklagte, daß er nichts wisse, weil er doch in Haft war. Damit war das Verhör Giskers beendet und die Verhandlung wurde auf Mittwoch vormittag verlagert.

Im Ständerat führte Bundesrat Potta in Verantwortung der freistimmigen Interpellation aus:
 Die lange Unterhaltung zwischen Herrn von Bülow und dem schweizerischen Gesandten hat bis jetzt keine Ergebnisse gezeigt. Unser Vertreter steht auf dem sehr starken Widerstand, den ich voraussetze und der mich darum keineswegs überrascht hat. Der Vertreter der deutschen Regierung bestritt die Verpflichtung zur Rückgabe des Opfers der Entführung. Er versprach indessen eine schriftliche Antwort auf unsere Note.
 Es gilt also mit Ruhe und Kaltblütigkeit abzuwarten, bis uns diese Antwort gegeben worden ist.
 Der Bundesrat ist entschlossen, von allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um die Wiedergutmachung des unserm Staate angefallenen Unrechts zu erlangen. Wenn die Regierung des Deutschen Reiches entgegen unserer Erwartung auf der enggültigen Ablehnung bestehen sollte, so würden wir den am 3. Dezember 1921 zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche abgeschlossenen Schieds- und Vergleichsvertrag anrufen.
 Es ist in der Tat nicht zweifelhaft, daß sich dieser Vertrag auch auf Fälle wie den vorliegenden bezieht. Unser Recht scheint uns gewiß. Unsere Vorrechte als souveräner und unabhängiger Staat werden durch den Streit betroffen. Jeder Akt der Schwäche oder des Verzichtes würde schwer auf unserm Geschick laßen. Das Parlament und die öffentliche Meinung können auf die unbegründete Festigkeit des Bundesrates rechnen. Diese Sprache ist reichlich erzwungen und überlegt. Sie ist ihm vorgeschrieben durch die elementarsten politischen und moralischen Pflichten. Es wäre schnell um uns gekommen, wenn wir nicht mehr den Mut hätten, uns gegen wen auch immer zu erheben, um die dem Recht gebührenden Wiedergutmachungen anzurufen und zu erlangen.

Petroleum soll nicht verteuert werden
Änderungen an der Mineralölsteuer
 Frag. Im Verkehrsausschuß des Senats wurde beschloßen, dem Plenum eine Änderung der neuen Sätze der Mineralölsteuer in der Richtung vorzuschlagen, daß die Steuer für mittlere Mineralöle (Dichte 810 bis 830) nicht 40, sondern nur 30 Kc pro Kilo betragen soll. Diese Regelung betrifft Petroleum für Verkauf und Nutzungszwecke, das bisher wie die Schweröle mit 15 Kc besteuert war. Der neue Satz von 40 Kc soll erst bei schwereren Ölen in Kraft treten. Der Reinertrag soll durch die Erhöhung der Steuer auf leichtere Öle (Benzin) von 92 auf 96 Kc eingebracht werden. Dadurch soll einer Besteuerung des namentlich von den ärmeren Schichten zu Beleuchtungsziwecken verwendeten Petroleums vorgebeugt werden.
 Diese Änderung sowie die früheren Änderungen an der Vorlage über die Besteuerung der Automobile wurden auch vom Budgetausschuß angenommen.
 Im Plenum des Hauses wurde in einer kurzen Sitzung das Verfassungsgesetz über die Grenzregelung mit Rumänien in namentlicher Abstimmung mit 101, in der zweiten Lesung mit 102 Stimmen angenommen; beidemal stimmte kein einziger Senator dagegen, selbst die Kommunisten begnügten sich mit Stimmenthaltung.
 Dann nahm das Haus das Abkommen mit Frankreich betreffend den gemeinsamen Betrieb der Luftverkehrsgesellschaft „Air de France“ und die nur für heuer geltende Vollerhöhung für jugoslawische Pflaumen ohne Debatte an. — Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die für Donnerstag, den 4. April, halb 11 Uhr vormittags, anberaumt ist, steht u. a. die Sanierung der Selbstverwaltungskörper, die Autobus- und die Mineralölsteuer.

Schweiz fordert Herausgabe Jacobs

„Entschlossen, von allen Mitteln Gebrauch zu machen“

Bern. (ZWA.) In der Note, die der schweizerische Gesandte in Berlin am Montag abends betreffs der Entführung Jacobs dem Auswärtigen Amte überreichte, wird nach Darlegung der Umstände der Entführung durch den deutschen Spion Dr. Wefemann und zweier deutscher Helfer, Helfer Wenz und Richter, sowie nach der Schilderung der Umstände der Verhaftung Wefemanns als Ergebnis der von den Schweizer Stellen geführten Untersuchung mitgeteilt: Wefemann hat gestanden, daß er Jacob nach Basel gelockt hat, um ihn den deutschen Behörden in die Hände zu spielen. Dafür daß Jacob in jedem Falle gegen seinen Willen über die Grenze gebracht worden ist und daß dieses Geständnis wahr ist, spricht auch die Tatsache, daß der als vorläufig bekannte und schon im Jahre 1932 aus Deutschland geflüchtete Jacob selber niemals deutsches Gebiet betreten hat. Er mußte wissen und erklärte selbst oft, darüber im Klaren zu sein, was ihn dort erwartete. Auch schließt die Art und Weise des Grenzübertritts die Möglichkeit aus, daß Jacob beabsichtigt haben könnte, heimlich in Deutschland einen Gewährsmann zu treffen. Das Verhalten Wefemanns nach der Tat ist nur aus dem Bestreben erklärlich, die Spuren der Entführung zu verwischen. Diese Entführung sei das gemeinsame Werk Wefemanns, Richters alias Weder und Straußes alias Otto. Die drei hatten schon am 26. Februar 1935 in Basel vereinbart, Jacob über die Grenze zu bringen. Weiter wird in der Note bemerkt, daß der an der Entführung beteiligte Hans Telephonisch am Tage nach der Entführung mit dem Besitzer des in der Schweiz gemieteten Autos sprach und mitteilte, dieses könne in dem Grenzstädtchen Vörsach abgeholt werden. Der Tripiti wies den deutschen Eintreff- und Ausreisestempel auf. Die Schweizer Regierung, so heißt es dann weiter, hat aber auch Gründe zu der Annahme, daß die Entführer mit Wissen sämtlicher deutschen Stellen gehandelt haben.
 Die Schweizer Behörden sind davon unterrichtet worden, daß schon am 8. März die geheime Staatspolizei in Vörsach von der bevorstehenden Entführung verständigt wurde. Unter diesen Umständen ist die Schweizer Regierung der Auffassung, daß die im Einvernehmen mit den deutschen Behörden ausgeführte Verschleppung Jacobs über die Grenze eine schwere Verletzung der Schweizer Gebietshoheit bedeutet.

gegen die sie Protest erhebt. Der Vorfall Wefemann ist umso schmerzlicher, als ihm vor kurzem ähnliche Vorermisse vorangegangen sind, die nicht die von der deutschen Regierung in Aussicht gestellte Erledigung gefunden haben.
 Die Gesandtschaft ist deshalb beauftragt, beim Auswärtigen Amt in eindringlichster Weise dahin zu ersuchen, daß Jacob unverzüglich den Baseler Behörden zurückgestellt wird und daß die Beamten, welche die Entführung eines das Schweizer Gastrecht genießenden Ausländers veranlaßt haben, gebührend bestraft werden.

Frankreichs Gegenmassnahmen

Ausbau der eigenen Armee und Militärkonventionen

Paris. Die Kammer hat mit 410 gegen 134 Stimmen der Regierung Flaubin das Vertrauen ausgesprochen und sich alsdann bis zum 28. Mai vertagt.
 Dieser Abstimmung ging eine Erklärung des Ministerpräsidenten Flaubin über die Volltitel der Regierung voraus. Der Ministerpräsident erklärte, er müsse verlangen, daß ihm die Kammer noch vor der Konferenz in Stresa, die am 11. April, vor der Völkervereinigung, die am 15. April, und vor den Moskauer Beratungen, die am 20. April beginnen, ein möglichst großes Vertrauen ausspreche, damit die Regierung bei diesen Konferenzen Frankreich mit der notwendigen Autorität vertreten könne.
 Der Ministerpräsident behandelte u. a. das wiederholte Mißtrauen Deutschlands auf allen Gebieten und sagte:
 Die Regierung ärgert nicht zu erklären, daß angesichts dieser ungenügenden Armees Deutschlands Frankreich seine eigene Landesverteidigung fester organisieren muß. Die Regierung werde das auf zwei Arten tun:

1. durch die Organisierung der eigenen militärischen Kräfte,
 2. durch Militärkonventionen mit den übrigen Staaten, welche an der Erhaltung des Friedens gleichermaßen interessiert sind.
- Der Oberste Nationalverteidigungsausschuß hat, wie Flaubin weiter ausführte, bereits am 22. März die ersten unerläßlichen Maßnahmen getroffen. Die französischen Vorkriegsarbeiten bieten schon jetzt unabweisbare Sicherheitsgarantien, aber sie werden noch systematischer ergänzt werden. Was die Gefahr eines Angriffes in der Luft betrifft, wird der Minister für Flugwesen im Verein mit den Sachkommissionen gleichfalls alle notwendigen Maßnahmen treffen.
 Was die militärische Organisierung Deutschlands definitiv feststellt und bekannt sein wird, werde Frankreich entscheiden können, ob die gegenwärtigen Mittel genügen oder ob eine neue Verteidigungsorganisation notwendig ist. Dann wird die gesamte Organisation der französischen Armee revidiert werden. (Lebhafter Beifall auf fast allen Bänken.)

Herr Ježek zieht den kürzeren

In einem Konflikt mit dem Kammerpräsidium

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses nahm am Dienstag die Resignation des Nationaldemokraten Ježek auf den Vorsitz im Immunitätsausschuß zur Kenntnis. Der Resignation ging ein scharfer Konflikt Ježeks mit dem Kammerpräsidium voraus. Ježek hatte auf Angriffe, daß der Immunitätsausschuß in letzter Zeit unter seiner Leitung ganz untätig sei, in der Presse mit Angriffen auf das Kammerpräsidium geantwortet, daß es vom Ausschuß vorbereitete Fälle nicht auf die Tagesordnung des Plenums lege.
 In einer ungewöhnlich scharfen Erklärung stellt nun das Kammerpräsidium fest, daß der Immunitätsausschuß nur ein Hilfsorgan des Hauses ohne das Recht einer selbständigen Initiative oder gar Kontrolle sei. Wenn eine Angelegenheit auf die Tagesordnung des Plenums komme, bestimme ausschließlich das Präsidium des Hauses; ändern könne eine solche Entscheidung ausschließlich das Plenum. Daß der Ausschussvorsitzende kontrolliere, wie das Hauspräsidium seine Pflicht erfülle, sei schon mit der Autorität unvereinbar, die das Präsidium als das leitende, mit Disziplinbefugnissen ausgestattete Organ des Hauses nach den primitivsten Grundregeln des Parlamentarismus haben müsse. Eine gegenteilige Ansicht widerspreche dem Geist der demokratischen Geschäftsführung und damit auch der Demokratie und dem Parlamentarismus selbst.
 Wenn das Präsidium einige vom Ausschuß vorbereitete Fälle vorläufig nicht auf die Tagesordnung gegeben habe, so seien dafür ernste Gründe maßgebend. Es bleibe aber die Tatsache bestehen, daß von 80 Immunitäten, die Ende 1934 im Ausschuß unerledigt blieben, fast die Hälfte älter als ein Jahr waren. Dieser Umstand sowie die Tatsache, daß der Ausschuß seit 6. Dezember 1934 nicht einberufen wurde, veranlassen das Präsidium zu der Stellung an Ježek, den Ausschuß zu einer Sitzung einzuberufen, was zum Ausbruch des Konfliktes führte.

Die Brücke nach Upsilon

Roman von Fritz Rosenfeld

Man sollte sie abhauen, dachte der eine.
 Man sollte sie einbalkenieren und in das Museum tun, dachte der andre, und den Kindern sagen: Seht, diese Hände hätten beinahe den Lauf der Welt in eine neue Richtung gelenkt.
 „Nun ist die große Stille da“, sagte der Stationsvorstand. „Täglich ein Lohaus, für die Bauern, die noch hier fahren, ihre Milch und ihre Eier und ihre Butter verkaufen. Aber es wird nicht lange dauern, dann kommen die Arbeiterzüge, und die Wagen mit Schotter und Schienen, und die Trabrennen für die neue Brücke und die Sauerstoffgebläse und viele fremde Gesichter, und dann beginnt das Spiel von neuem.“
 „Vielleicht schafft wieder einer Dynamitpatronen zur Seite und verbirgt sie und eines Tages —“
 „Diesmal wird man acht geben. Aber es gibt wohl keine Sicherung dagegen, daß ein Mensch sein eigenes Werk wieder zerstört. Er hat ein Recht darauf, es ist ein Teil von ihm.“
 „Dann dürfte eine Mutter auch ihr Kind töten?“ fragte Carlotta.
 Olafsen legte ihr die Hand auf den Mund.
 „Genug, Carlotta, genug. Nebi wollen wir uns darum kümmern, daß wir ein Obdach finden, und unsere Koffer zusammensuchen und den Herrn Stationsvorstand nicht länger in seiner Arbeit stören.“
 „Warten sie hier, ein paar Tage?“

„Was Gregor befragen ist, bleiben wir“, sagte Carlotta.
 „Ich habe ja sogar einen Wagen und zwei Pferde. Die gehören jetzt uns, Carlotta.“
 „Was willst du denn damit anfangen? Sollen wir zweispännig ins Dorf hinunter fahren, damit die Jungen was zum Vachen haben?“
 „Wir werden unsere Koffer auf den Wagen packen, es wird sich schon jemand finden, der ihn kauft.“
 „Zum halben Preis“, sagte der Stationsvorstand lachend.
 „Der Wagen gehört eigentlich Gregor. Wir werden das Geld dem Doktor geben, für einen kleinen Grabstein wird es reichen.“
 Sie gingen in den Wartesaal hinüber. Zwei Bauern sahen am Tisch und spielten Karten. Vier Gäste standen neben ihnen. Dort hatten Mädel und Cabrolle gesessen, dort hatte Morvilins das Best mit den tausend Reichden und Pfennern gerissen, dort hatten Greit und Ludovica und Xenia und die anderen getanzt, und Frau Kovch hatte den Takt zu ihrem Tanz geschlagen. Jakob Halling hatte am Schankisch gelehnt und zugehört, wie Marinka Worte schneit und mit Vauter bestrich. Und drüben hatte Gregor gelegen und Georgia und Rammonde gewacht. Ein paar Stunden war es her, noch stand die Sonne nicht im Mittag, und doch war es so fern, als hätte es sich auf einem andren Planeten ausgetragen.
 „Wir sind die Letzten, Marinka“, sagte Olafsen.
 „Die Letzten, Herr.“
 „Wir bleiben noch ein paar Tage, und wir kommen zu dir, und du kochst uns einen guten Tee, ja?“
 „Sie kommen wieder, Herr, und ich koch einen guten Tee.“
 „Soll ich dir etwas schenken, Marinka? Willst du mein Armband, meine Halskette, meine Tasche?“

Marinka schüttelte den Kopf.
 „Ich habe ja einen Ring“, sagte sie. „Und ich werde jetzt viele Briefe bekommen, und vielleicht werde ich wegfahren, sehr weit.“
 „Davon erzählst du uns, wenn wir morgen vorüberkommen.“
 Wieder schüttelte Marinka den Kopf, ihre Haare flogen.
 „Das gehört mir allein“, sagte sie.
 Der Kellner belam ein Trinkgeld, er verneigte sich, er holte den Wagen und die Pferde, er trug die Koffer hinaus und lud sie auf, er führte den Wagen zum Bierhaus hinüber und bestellte Zimmer.
 Olafsen ging mit Carlotta hinter dem Wagen her, langsam, sie hatten keine Eile. Der Wagen rasselte, aber immer größer wurde der Raum zwischen ihnen und dem ähngenden Fahrzeug, immer leiser der Lärm.
 „Drei Tage bleiben wir, Carlotta“, sagte Olafsen, „dann fahren wir nach Hause.“
 Carlotta nickte. Sie wußte nicht, ob er sein Zuhause meinte oder das ihre. Doch dies war gleichgültig. Wichtig war nur, daß es ein Zuhause gab, und daß dieses Zuhause ihnen beiden gehören würde.
 Die Kirche stand da, ein vierediger Steinblock mit einem vieredigen, stumpfen Turm. Das Fenster des Bürgermeistersamtes war offen, eine Rahe konnte sich auf dem brannem, rissigen Brett. Hühner liefen über den Weg und ein Hund schlief an. Die Landstraße lag da, gelbgrau und staubig, und im Graben lag faulig das Laub vom vergangenen Herbst.
 Sie sprachen kein Wort von Liebe, heute nicht, morgen nicht, nie; aber sie gingen gemeinsam ihren Weg.
 Ende

Arbeitslosigkeit hemmt Ratenzahlung

Das Gesetz über Ratengeschäfte im Senatsausschuß geändert

Das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz über die Wirtschaftsspionage wurde nach kurzer Debatte im Verfassungsausschuß des Senats unverändert angenommen.
 Sodann wurde der Gesetzentwurf über die Ratengeschäfte in Verhandlung gezogen. Dieser Entwurf beinhaltet eine wesentliche Verschärfung der bisherigen Bestimmungen zugunsten der Käufer.
 Genosse Dr. Deller führte in längerer Rede die Nachteile aus, welche für die vermögenslose Bevölkerung mit den Ratengeschäften verbunden sind, die Ausbeutung, welcher die Bevölkerung von unsozialen Ratenhändlern ausgesetzt ist und verlangte veränderte Bestimmungen im Gesetz. Ueber seinen Antrag wurde beschloßen, daß durch nachgewiesene Arbeitslosigkeit die Zahlung der Raten gemindert wird, so daß also der Verkäufer von dem ihm sonst zustehenden Rechte des Rücktritts vom Vertrag nicht Gebrauch machen kann, wenn der Käufer nachweisen kann, daß er arbeitslos ist.
 Die Rückwirkung des Gesetzes auf frühere abgeschlossene Ratengeschäfte wurde wesentlich erweitert, ebenso wurde klar ausgesprochen, daß alle Vereinbarungen, welcher Art immer, welche zum Nachteil des Käufers von dem Gesetz abwichen, ungültig sind.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Gehört die Prager Universität den Hakenkreuzlern?

Scharfe Interpellation des Genossen Nießner

Prag. Im Namen unserer Senatsfraktion hat Genosse Nießner im Senat eine Interpellation eingebracht, die sich mit der Versammlung der böhmischen Studenten am 30. März im Carolinum und mit der Teilnahme der Rektoren und zahlreicher Professoren der beiden deutschen Hochschulen beschäftigt.

Es wird festgestellt, daß man es als unerhörten Versuch bezeichnen muß, wenn sich ein Student herausnimmt, von einem großen Teil der Hörer als von „Oregeläusen“ zu sprechen oder die anwesenden Professoren vor einer Störung der Versammlung zu warnen. Die Professoren fanden es aber nicht für notwendig, diesen Erweisen entgegenzutreten, ja der Rektor Professor Großler billigte diese Erweise dadurch, daß er am Schluß selbst das Wort ergriff. In Anwesenheit der Rektoren und Professoren und mit deren offenkundiger Billigung wurde dann eine Entschließung angenommen, welche im Zusammenhang mit parlamentarischen Interpellationen von einem „wüsten Treiben einer politischen Unterwelt“ sowie davon spricht, „daß die deutschen Hochschulen durch verantwortungslose Politik und durch wilden Haß zu einem Zentrum dunkler Agitation gemacht werden“. Ausdrücke wie „deuschblütig“, „Einfachbereitschaft“ und ähnliche, wie sie teils in der

Arbe eines Studenten, teils in der Entschließung selbst vorkommen, gehören zum häufigsten Vorkommen hakenkreuzlerischer Agitation.

„Alles das“, so heißt es in der Interpellation weiter, „wurde von den Rektoren und Professoren der deutschen Hochschulen widerspruchslos hingenommen und auf diese Weise die Universität zum Boden einer frechen hakenkreuzlerischen Agitation gemacht. Die Ausführungen, welche der Rektor der deutschen Universität, Herr Prof. Dr. Gräffer, am Schluß machte, untertrifften noch diese Verhöhnung und es muß auf ihnen gefolgert werden, daß die beiden Rektoren und ein Teil der Professoren der deutschen Hochschule mit diesen Ausführungen übereinstimmen.“

Es bedarf keiner näheren Erörterung, daß eine solche Vorgangsweise geeignet ist, den Frieden und die Ruhe im Staate zu gefährden und bei einem großen Teile auch der deutschen Bevölkerung tiefste Entrüstung hervorzurufen. Insbesondere die Arbeiterschaft ist nicht gefonnen, sich die Hebe hakenkreuzlerischer Professoren und Studentenlänger gefallen zu lassen.

Wir stellen daher an die Gesamtregierung die Anfrage, was sie zu tun gedenkt, um endlich einmal diesem Treiben Einhalt zu tun.

eine Beratung von Funktionären der SHF statt, die bis früh dauerte und an der Rutha teilnahm. Am nächsten Tage, am 16. März, fuhr Rutha von Prag über Reichenberg und Friedland nach Görlitz und von dort über Dresden nach Leipzig. Dabei erzählte er, daß er sich in Görlitz mit dem ehemaligen hakenkreuzlerischen Abgeordneten Krebs trifft, der bestänzlich in Deutschland die Aktion gegen die Tschchoslowakei führt. „Lidové Noviny“ bemerken dazu, daß die SHF verpflichtet sei, diese ihre Beziehungen zu reichsdeutschen Stellen aufzuklären, sonst haben ihre lokalen Vertretungen keinen Wert.

Scheinheilige Empörung

„Schreckensurteile in Kowno“

Das ist der Titel, mit dem die Schriftleiter, vom „Nordböhmischen Tagblatt“ angefangen bis zu den Provinzialblättern, die Urteile im Mordprozess kommentieren. Was ist geschehen? Ein paar Hakenkreuzler, die im Auftrage reichsdeutscher Stellen dort Spionage betrieben und einen Mord begangen haben, sind zum Tode verurteilt worden. Vollzogen wurden die Urteile noch nicht. Warum entsteht sich die böhmische Presse? Ist das „Nordb. Tagblatt“ ein Gegner der Todesstrafe? Mit nichten und mehr als einmal hat es für sie plädiert. Regt es sich darüber auf, daß Spionage im Frieden mit Tod bestraft werden soll? Wer vor ein paar Wochen sind doch zwei Frauen, deutschnationale Frauen, wegen dieses Deliktes von den Deutschen hingerichtet worden. Am 30. Juni wurden in ganz Deutschland ohne jedes Gerichtsverfahren haufenweise Menschen in amtlichem Auftrage umgebracht, aus dem Bette geholt und erschossen. Die Reichsregierung hat diese offenkundigen Morde gebilligt, kein einziges unserer böhmischen Blätter hat da von „Schreckensurteilen“ geschrieben. Göring hat sein unglückliches Werkzeug, den armen Teufel van der Lubbe, mit Gift tödlich gemacht und dann loslassen. Bei keinem Volke der Welt ist eine solche Bestialität denkbar, daß ein Irrsinniger hingerichtet würde, auch wenn er ein Mörder wäre. Er war aber kein Mörder, auch kein „Hochverräter“, nicht einmal ein Brandstifter, sondern nur das Werkzeug eines — mit allem Respekt zu sagen — Ministers des böhmischen Deutschland, und in Oesterreich: Weisler, Wallisch, Minnickreiter. Und neun andere Opfer von Schreckensurteilen, einer Schandjustiz, keine „Hochverräter“, sondern Verteidiger der Verfassung gegen eine eiddrückende Regierung. Wir sind keine Anhänger der Todesstrafe. In der demokratischen Republik Deutschland ist in 14 Jahren kein Todesurteil wegen politischer Delikte gefällt und daher auch keines vollstreckt worden. Obwohl es an Mordern und Verbrechern namentlich in der ideologischen Nachbarschaft des gegenwärtigen Reichsführers nicht fehlte und dieser hat ja die überführten Mörder von Potemla zu seinen „Kameraden“ erhoben. In zwei Jahren Hitlerregierung floß das Blut in Strömen, und zu alledem hat das „Nordb. Tagblatt“ nicht nur geschwiegen, sondern die offiziellen Rechtfertigungen dieser Verbrechen durch den deutschen Reichsrichterdienst gewissenhaft abgedruckt. Und nun entsetzt es sich, daß ein paar Nazi wegen Mordes verurteilt wurden. In Oesterreich ist das Nichts schimpflich und der Henker müde geworden, aber die Hitlein-Pressen bekommen menschliche Anwandlungen, weil in Kowno einmal der Henker gegen die braunen Mörder in Aktion treten soll!

Wieder ein paar Nazi verhaftet

Die Troppauer Polizei lieferte in die Haft des Kreisgerichtes in Troppau den 35 Jahre alten Magaziniere Rudolf Maier sowie den 31-jährigen Kaufmann Franz Rohner, beide aus Komteffe bei Jägerndorf, ein. Beide sind tschechoslowakische Staatsangehörige und arbeiten insgeheim zugunsten der nationalsozialistischen Bewegung. Wie von der Gendarmerie festgestellt wurde, fanden die beiden Verhafteten in Verbindung mit reichsdeutschen Führern; sie sind auch verdächtig, tschechoslowakische Staatsbürger in Deutschland angezogen zu haben.

„Venkov“ gegen die SHF

Das Zentralorgan der tschechischen Agrarier berichtet über die Vereinigung der Moskow-Gruppe mit der SHF und stellt fest, daß es sich Moskow um die Sicherung seines Mandates handelt. Das Blatt knüpft dann daran noch folgende charakteristische Bemerkung:

Genleins Bewegung droht das, dem der Hitlerismus erlegen ist, als er zur Nacht kam. Sie wird die Dienerin des großkapitalistischen Flügels. Moskows Einfluß wird klein auf die Städte beschränkt. Die Verhältnisse im deutschen Lager sind bisher nicht klar, es scheint, daß Selbstbewußtsein Genleins verursacht den Verkauf seiner verkommenen Orientierung. Stärke muß nicht Sieg bedeuten, insbesondere, wenn sie unorganisch und himmungsmäßig wächst. Sie ruft übermäßige Hoffnungen hervor, welche sie nicht erfüllt. Im plötzlichen Aufstieg ist oft der Reim des Niederganges.

Auch über die Verhaftungen in Seiten berichtet der „Venkov“ unter dem Titel „Antisozialistische Tätigkeit der Mitglieder der Heimfront“.

Die „Rundschau“ gegen die Völkerverständigung

Die „Rundschau“ öffnet ihre Spalten einem nationalsozialistischen Lehrer, der es notwendig hat, sich unter dem Decknamen T. E. L. zu tarnen, weil er im bürgerlichen Leben einen recht ungermanischen Namen führt. Der Herr „T. E. L.“ regt sich darüber auf, daß die sozialdemokratischen Lehrer eine Pädagogische Woche in Teplich-Schönan veranstalten und — welche Frechheit — für diese Veranstaltung auch werben. Es wiederholt sich das alte Spiel, jedesmal wenn die sozialdemokratischen Lehrer eine pädagogische Tagung veranstalten, wissen die böhmischen Heber innerhalb der Lehrerschaft nichts anderes als zu schimpfen und zu verächteln. Es gibt natürlich keinen Lehrer, der nicht weiß, daß die Teplicher Pädagogische Woche eine Veranstaltung der sozialdemokratischen Lehrer ist. Die Redakteure der „Rundschau“ mögen sich davon selbst überzeugen und irgend einen Lehrer fragen, sie werden dann sofort finden, daß ihr Berichterstatter mit der Wahrheit auf Kriegsfuß steht. Mit dem abgetakelten Nazilehrer brauchen wir uns nicht weiter beschäftigen. Wesentlich anders liegt die Sache mit der „Rundschau“ selbst. Die Pädagogische Woche in Teplich-Schönan dient einschließend der Erziehung zur Völkerverständigung. Daß die „Rundschau“ an einer Verhöhnung der Völker kein Interesse hat, trübten wir schon lange, daß sie es aber für notwendig hält, diese ihre wirkliche Gesinnung im Druck festzulegen, ist nicht nur neu, sondern auch erstens. Für künftig aber empfehlen wir ihr, vor allem ihre Berichterstatter zur Wahrheit zu erziehen. Damit dieser famose „T. E. L.“ noch ein wenig gelber wird, als er ohnedies schon ist, teilen wir ihm auf diesem Wege mit, daß bis heute schon mehr händige Teilnehmer angemeldet sind als ihm lieb ist. Da aber sehr viele Lehrer sich erst kurz vor Beginn anmelden, wird die Teplicher Tagung die größte werden, welche die sozialdemokratischen Lehrer bis jetzt abgehalten haben. T. E.

Famillentragedie in Lobositz

Dem Gastwirt-Bäcker in der „Tschischkowitz-Bierhalle“ in Lobositz, der dieses Gasthaus seit einigen Wochen bewirtschaftete, ging es sehr schlecht. Er geriet durch diesen schlechten Geschäftsgang in Schulden. Am letzten Freitag kam nun auch der Steuerbeamte in das Haus, um eine Pfändung vorzunehmen. Das brachte die Familie zur Verzweiflung. Am Samstag abends um 9 Uhr schloffen sie das Geschäft zu. Sie legten sich zu Bett und öffneten vorher den Gasbrenner. In einem Abschiedsbrief teilten sie der Nachwelt mit, daß sie einvernehmlich aus dem Leben geschieden sind. Die Wohnung war verpörrt, Fenster und Türen gut verstopft. Erst am Sonntag, dem 31. März, abends, wurde man aufmerksam, daß etwas nicht in Ordnung sein könne und verständigte die Polizei. Die Wohnung wurde dann mit Gewalt geöffnet; man drang ein und fand die Leichen. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß der Tod der drei Menschen schon vor 18 Stunden eingetreten war. Es handelte sich um den Gastwirt Ernst Offelsen, seine Mutter Emma und seinen Bruder Rudolf. Schuld an dieser Tragedie ist die Wirtschaftskrise.

Renaudel gestorben

Wie aus Paris gemeldet wird, ist am 2. April in Palma de Mallorca auf der Insel Mallorca einer der bedeutendsten der in der französischen Arbeiterbewegung wirkenden Männer, Pierre Renaudel, der dort wegen einer ersten Krankheit seit längerer Zeit zur Kur war, gestorben. Renaudel war nicht nur in Frankreich, sondern weit darüber hinaus in der ganzen Internationalen bekannt und geschätzt. Er hat als Journalist angefangen, war Redakteur der von Jaurès geleiteten „Humanité“ und später des Blattes „La vie socialiste“. 1914 wurde er für das Departement Var in die französische Kammer gewählt, wo er bald durch sein Wissen und durch seine Rednergabe hervortrat und durch seinen Idealismus und durch seine unbeugsame Rechtfertigung sich hohe Achtung weit über den Kreis seiner politischen Freunde hinaus erwarb. Auch in der Internationalen trat Renaudel als Vertreter der französischen sozialistischen Partei öfter auf und auch da war er außerordentlich geschätzt und geschätzt. Politisch stand Renaudel schon seit Jahren auf dem rechten Flügel und trat für die Beteiligung der französischen Sozialdemokratie an der Regierung ein, blieb aber mit seinen Auffassungen stets in der Minderheit gegenüber dem unter Wilbrun Muis stehenden Zentrum und dem linken Flügel der Partei, die in eine Koalitionsregierung nur unter bestimmten, genau festzulegenden Bedingungen eintreten wollte, an denen sich die Zusammenarbeit der Sozialdemokraten und der Radikalen in Frankreich innerhalb einer Regierung immer wieder gerichtlich. Schließlich traten die entscheidenden Anhänger der Regierungsbeteiligung aus der französischen Sozialdemokratie aus, unter ihnen neben Deat und Marquet auch Renaudel. Trotz des politischen Gegensatzes zu seinen ehemaligen Freunden aber hat Renaudel bei diesen an der Vertiefung seines Geistes und Charakters nicht verloren, so daß ihm, der im 64. Lebensjahr gestorben ist, in den Kreisen der französischen Sozialisten ein dankbares Gedenken bewahrt werden wird.

Der Terror

Das Darmstädter Sondergericht verurteilte den 23-jährigen Michael K. aus Mainz-Frechen wegen „Hochverrats“ zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, weil er im Oktober vorigen Jahres eine Kundgebung für den Status quo, die im Saargebiet stattfand, besucht hatte.

Statt Tod — fünf Jahre Kerker

Hins. Der Oberste Gerichtshof hat das kürzlich Todesurteil des Welfer Gefangenengerichts gegen den Nationalisten Hermann Oeder aufgehoben und die neuerliche Durchführung des Prozesses angeordnet. Hermann Oeder hatte sich daher neuerlich vor den Welfer Gefangenen zu verantworten, welche ihn im Sinne des Sprengstoffgesetzes schuldig befanden. Das Gericht verurteilte Oeder jedoch nur zu fünf Jahren schwerem Kerker.

Bis jetzt sechs Wahllisten in Jugoslawien

Belgrad. (AP.) Der frühere Justizminister Maximowic wird bei den Wahlen mit einer eigenen Landesliste auftreten. Bisher sind folgende sechs Listen für die Wahlen vom 5. Mai aufgestellt worden: 1. Regierungsliste J. E. F. I. C. (unterstützt von Regierungspartei, einigen Radikalen und Bauernbündlern, sowie Außenleitern der Kroaten, Slowenen und Bosnier), 2. Oppositionsliste R. A. C. E. F. (unterstützt von Kroaten, Demokraten und Bauernbündlern des linken Flügels, ferner von einigen Radikalen und Slowenen, deren Gros für Stimmhaltung eintritt), 3. Liste der Jugoslawischen Volkspartei (Sobozera), 4. Sozialdemokratische Liste Topalovic, 5. Liste der nationalen Standbewegung Bor (Ljotic), 6. Liste der früheren Regierungspartei (Jugoslawische Nationalpartei) Maximowic. Es ist möglich, daß bis zum letzten Termin, dem 16. April, noch weitere Listen eingereicht werden.

Endlich Frieden in Südamerika?

Santiago de Chile. (Tsch. P. B.) Am Montag wurde offiziell bekannt, daß Bolivien und Paraguay die argentinisch-chilenische Formel für den Frieden im Gran Chaco angenommen haben. Die chilenische und die argentinische Regierung haben die Vereinigten Staaten von Brasilien und Peru offiziell zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen eingeladen.

Verlängerung des Kompensationsvertrages mit Ungarn. Zwischen der tschechoslowakischen und der ungarischen Regierung wurde am Samstag ein Abkommen über die Verlängerung der Kompensationsregelungen vom 4. Juli und 1. Dezember 1934 getroffen. Bis auf einzelne Änderungen der Kontingente für einige Warengruppen, deren Zweckmäßigkeit sich bei der Durchführung ergab, bleiben die beiden Regelungen bis zum 15. Mai d. J. unverändert in Geltung.

Das „Heil Hitler!“ des SHF-Mannes

Sonntag, den 24. März, sollte in dem Orte Chirles bei Mählich eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Der Beginn war für 2 Uhr festgesetzt worden. Lange vor dieser Zeit besetzten circa 150 Anhänger der SHF, die aus dem ganzen Mählich und Hohensteiner Gebiet zusammengetrommelt worden waren, den Saal. Sie vergnügten sich zunächst damit, durcheinander sogenannte nationale Lieder zu singen, etwa ihren Schläger „SHF marschiert, Konrad Henlein führt“. In dieser Stimmung, die bei ihnen natürlich nationale Hochgefühle auslöste, rief ein gewisser Hubert Haupt aus Mählich, als immer wieder „Heil“ gerufen wurde, in den Saal „Heil Hitler“. Er wurde sofort von einem unserer Parteigenossen, die circa 100 Mann stark anwesend waren, gestellt. Zwanzig Mann und später namentlich bezeichnete Zeugen riefen sofort den Henlein-Rufen zu, daß sie damit ihre wahre Gesinnung offenbart hätten. Um 1/2 3 Uhr wollte der Einberufer der Versammlung, der sozialdemokratische Abgeordnete W. D. aus Mählich, zu sprechen beginnen. Er wurde niedergebühlt und konnte sich zunächst überhaupt nicht verständlich machen. Der Mählicher Abgeordnete Vanilek, der die Kriminalmorde anführte und der sich als ihr Sprecher produzierte, rief W. D. zu: „Sie werden den Vortrag nicht führen.“ Er schlug auch gleichzeitig einen anderen Vorstehenden vor, nämlich einen gewissen Julius F. in aus Mählich, einen angehenden Ingenieur. Als W. D. darauf nicht einging und sagte: „Ich erteile dem Redner, Kreisleiter J. J. J. aus Sternberg, das Wort“, schrieb Vanilek, der sich auf eine Bank gestellt hatte, in den Saal: „Ausgeschlossen! Sekretäre dürfen überhaupt nicht reden!“ Unser Genosse J. J. J. wiederholte sofort den Ruf nach Vanilek und rief die Versammlung zum Zeugen dafür auf, daß dieser Anspruch so gemacht worden war. Man lechte ein ohrenbetäubendes Lärm ein, so daß es klar war, daß die Versammlung überhaupt nicht erst beginnen sollte. Sie wurde denn auch von unserem Vorstehenden geschlossen, worauf Gendarmerie den Saal räumte.

Erbauliches von der SHF

Beziehungen zu Krebs
Da die „Lidové Noviny“ berichten, wird in Deutschland nicht nur Heberhaft gerüchelt, sondern man schenkt auch große Aufmerksamkeit dem Spionagedienst. In Ländern, wo es deutsche Minderheiten gibt, haben die Verkaufsträger des reichsdeutschen Spionagedienstes besondere Fragebogen bekommen, in denen nach gewissen militärischen Einrichtungen des betreffenden Staates gefragt wird. Auf dem Fragebogen für die Tschchoslowakei befinden sich auch Rubriken über die Organisation der Soldaten, der Gendarmerie und der Polizei. In der Tschchoslowakei soll eine Anzahl von Mitgliedern der SHF an dieser Fragebogenaktion beteiligt gewesen und verhaftet worden sein. Der Leiter der in der Tschchoslowakei arbeitenden Spionage ist ein Dr. Schwartz aus München.
In einem zweiten Bericht betreffen die „Lidové Noviny“ auf die Auslandsreisen des Reichsführers Heinrich R. u. h. a. aus Bad Nunnersdorf, der einer der führenden Funktionäre der SHF ist. Danach fand am 15. März in Prag

Westböhmischer Arbeitersport Spitzenführer teilen die Punkte!

Das große Sportereignis des Sonntags war das Treffen der beiden Spitzenführer der ersten Klasse, welches unter harter Teilnahme in Altoblaun stattfand. Über 1000 Zuschauer hatten sich eingefunden. Schon das Resultat 4:4 sagt den Nichtbeteiligten sehr viel. Ähnlich, wenn auch in anderem Maßstabe, war es in Falkenau, wo sich HSK, FK u. u. und Unterreichenau trafen. Nach dramatischem Kampf gewannen die Falkenauer 3:0, obwohl die Überlegenheit nicht groß war. Die Eisenberger Sportbeider nutzten ihr Spiel gegen HSK Karlsbad abzugeben, weil der Reichenauer Fußballer, ganz knapp siegte 2:1 gegen Frankfurt. Das Spiel, das anscheinend in Form kommen will. Der Sieg der Eisenberger gegen das langjährigste Club der Stadt ist sehr beachtlich, der Sieg der HSK, Graslitz in Drahowitz ist knapp zu nennen, ebenso der 3:2-Erfolg der Reichenauer auf eigenem Platz gegen HSK.

Die Ergebnisse: HSK Altoblaun gegen HSK Reichenau 4:4, HSK Reudel gegen HSK Chodau 5:3, HSK Drahowitz gegen HSK Graslitz 1:3, HSK Franzensbad gegen HSK Eger 0:1, HSK Reichenau gegen HSK Hohenberg 3:2, HSK Falkenau gegen HSK Unterreichenau 3:0. Kommenden Sonntag spielen Unterreichenau gegen Altoblaun, Eisenberg gegen Hohenberg, Chodau gegen Drahowitz, Karlsbad gegen Eger, Falkenau gegen Graslitz, Reichenau gegen Reudel und Reichenau gegen Franzensbad.

Stand der Meisterschaft:

HSK Reichenau	16	12	3	1	27	77:29
HSK Altoblaun	16	9	5	2	25	70:38
HSK Eger	16	9	4	3	21	35:21
HSK Falkenau	16	11	1	4	19	60:37
Sportbeider Eisenberg	15	9	1	5	19	55:41
HSK Graslitz	16	8	3	5	19	51:43
Haus Unterreichenau	16	7	3	6	17	50:37
Haus Reichenau	16	7	2	7	16	43:52
Haus Chodau	16	5	3	8	13	35:45
HSK Reudel	16	5	2	9	12	49:61
Haus Drahowitz	16	4	3	9	11	31:50
Haus Hohenberg	16	3	3	10	10	25:56
Haus Franzensbad	16	3	3	10	9	39:65
Haus Karlsbad	15	2	2	11	8	39:64

Tagessneuigkeiten

Schloffer und Wenzel verhört

Im Fall Dr. Gach fanden Dienstag die ersten Verhöre vor dem Untersuchungsrichter Dr. Prusa statt. Als erster wurde Dr. Emil Schneiderberger als Vertreter der Mutter Dr. Gachs einvernommen. Hierauf folgte das Verhör mit Professor Schloffer und mit seinem Assistenten Doktor Wenzel. Die Einvernahme der Externärzte, die die Erklärung unterzeichnet haben, mit Doktor Gach nicht weiter arbeiten zu wollen, wird an einem der nächsten Tage stattfinden.

Sowjet-Luftschiff

Leningrad. Das Luftschiff „W 11“ landete Dienstag früh auf seiner ersten größeren Fahrt, von Moskau kommend, in Leningrad. Das Luftschiff gehört zu dem Luftschiffgeschwader „Stalib“, das aus acht Luftschiffen besteht und für das seinerzeit die Regierung und die Gesellschaft „Osoaviachim“ 80 Millionen Rubel zur Verfügung gestellt hatten.

Dampfer mit 21 Mann gesunken

Minden. Der mandtschurische Dampfer „Scheri“, der am 30. März aus Chinkiang (Wolf von Tschili) ausgelaufen und bei Schanhai von einem Sturm geroten war, ist gesunken. Die Besatzung von 21 Mann ist verloren.

Sturm-Opfer. Die Zahl der Opfer des veranartigen Sturmes vom letzten Samstag in der Adria ist inzwischen auf 32 gestiegen. Man hat jede Hoffnung aufgegeben, die 20 noch fehlenden Fischerboote und ihre Besatzung bergen zu können, so daß sich die Zahl der Opfer noch mehr als verdoppeln würde. — Eine Seebarkasse, die am Sonntag morgens von Ajaccio (Korsika) verschwand, ist im Sturm gelentert und an den Strand geworfen worden. An Bord befanden sich der Besitzer sowie ein Beamter des Polizeipräsidenten von Ajaccio und dessen fünfjähriger Sohn. Von den drei Insassen fehlt jede Spur. Man vermutet, daß sie den Tod in den Wellen gefunden haben.

Die Skandalaffäre Wilhelm Habsburg. Wie haben schon einmal über die skandalöse Affäre berichtet, in die „Seine Kaiserliche Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm“ in Paris geraten ist. Ein Fräulein Paula Comba, zu der der Erzherzog sehr intime Beziehungen hatte, ist wegen großer Betrügereien verhaftet worden. Die Pariser Presse behauptete, daß Wilhelm Habsburg aus dem Gelde, das die Comba durch Betrügereien beschafft hatte, sehr große Beträge bekommen hatte, und verlangte die Verhaftung des Habsburgers wegen Mißtausch am Betrag. Die österreichische Gesandtschaft intervenierte für den Habsburger. Nun fand die erste öffentliche Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. In der Verhandlung wurde erzählt, daß, als Paula durch eine Betrügerei 35.000 Franken beschafft hatte, der Habsburger plötzlich in der Lage war, Schulden, die er seit Jahren gemacht hatte, zu bezahlen. „Ist das nicht ein Beweis, daß Paula Comba den Erzherzog ausgenutzt hat?“ fragte einer der Rechtsanwält. Im Kreuzverhör erging es dem Habsburger sehr schlecht. Als der Richter einem

Obdachlose in Heuschobern verbrannt . . .

Fünfzehn verkohlte Leichen bei Uzhorod

Man vermutet noch mehr Opfer!

Uzhorod. Gestern früh gegen halb fünf Uhr geriet ein in einer Entfernung von 300 Metern vom Uzhoroder Bahnhof an der Peripherie der Stadt gelegener Strohschaber in Brand. Das Feuer verbreitete sich aber auch auf siebend andere, in unmittelbarer Nähe errichtete Strohschaber und vernichtete sie alle. Die Feuerwehr konnte den Brand nur lokalisieren. Der bei den Schobern bedienstete Wächter sagt aus, daß in der betreffenden Nacht mindestens zwanzig Obdachlose in den Schobern Zuflucht gesucht haben, weshalb die Brandstätte insbesondere der Zahl der in Brand geratenen Schobers abgesehen wurde. Es wurden tatsächlich drei verkohlte Leichen gefunden. Später fand man nach völlig verbrannte Knochen zweier weiterer menschlicher Körper. Es besteht die Befürchtung, daß in den anderen sieben Schobern noch mehr Menschen verbrannt sind. Der Polizeidirektor von Uzhorod, Dr. Herr, ist mit einer Kommission nach der Brandstätte gefahren, um die Brandursache festzustellen. Die Schobers waren Eigentum der Vereinigung landwirtschaftlicher Genossenschaften in Uzhorod und umfaßten insgesamt 50 Waggons gepreßtes Heu und Stroh im Werte von 200.000 Kronen. Die Schobers waren gegen Feuer versichert.

In den Abendstunden wurden bereits die verkohlten Reste von 15 Menschen gezählt und teilweise durch Aussagen der entkommenen und von der Polizei durch eine Razzia aufgegriffenen Landwirte identifiziert. Die Kommission hat festgestellt, daß eines der Opfer den Schädel zertrümmert hatte. Das geschah vermutlich während des verzweifeltsten Versuches, dem Brand zu entfliehen. Da noch immer nicht alle Schobers ausgebrannt sind, besteht die Möglichkeit, daß sich die obdachlosen Landarbeiter, die zum Weinanbau herbeiströmten, die einzigen Untertanen. Die Ursache des Brandes soll ein weggebrochener Zigarettenstummel sein. Den Brand eines der Schobers hatten die Leute angezündet, aber selbst zu löschen versucht. Er scheint sich dann überraschend schnell ausgedehnt zu haben.

Rechtsanwalt, der dem Habsburger durch Fragen unangenehm wurde, einwandte, daß Seine Kaiserliche Hoheit doch hier nicht als Angeklagter sehe, antwortete der Rechtsanwalt: „Es ist niemand hier, der ihn für unschuldig hält, außer Ihnen, Herr Richter, da er selbst sich ja fortwährend verteidigt.“ Paula Comba war sehr erbittert, weil ihr Geliebter sie, nachdem sie ins Unglück geraten war, verlassen und preisgegeben hat und nur noch daran denkt, sich selbst aus der Affäre zu ziehen; ihr Verteidiger erklärte schließlich, sie werde jede weitere Aussage verweigern, wenn nicht auch gegen Wilhelm Habsburg die Untersuchung eingeleitet würde. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt.

Lebensmüde. Am Dienstag morgens wurden am linken Ufer der Jwitta in Obkan bei Prunn die Leichen eines unbekanntes Mannes und einer Frau aufgefunden, die beide durch Erhängen gestorben waren. Es handelt sich offenbar um Nord und Selbstmord. Dokumente wurden bei den Leichen nicht vorgefunden. Die Frau war etwa 20-jährig, der Mann mochte etwa 26 bis 27 Jahre alt gewesen sein. Im Hute hatte er ein Monogramm W. J. — Der Wiener Abendzeitung der elektrischen Lokalbahn Wien — Beschädigung hat vor der Grenzstation Berg eine Frau überfahren. Zwei Wagen und die Maschine gingen über die Frau hinweg. Ob Selbstmord oder ein Unfall vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Bei der Toten wurden keine Dokumente vorgefunden.

Verurteilte Spione. Das Weigrader Gericht fällte Montag das Urteil gegen Irene Wessely und ihre Mitschuldigen, die der Spionage zugunsten einer auswärtigen Macht angeklagt waren. Die Wessely wurde zu 2 1/2 Jahren Zwangsarbeit, die Angeklagten Kaiman und Valint zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und die übrigen vier Angeklagten zu 10 bis 13 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Alle Angeklagten waren des ihnen zur Last gelegten Verbrechens geständig.

Der Sterilisator von Bordeaux. Heber Erfinden der französischen Behörden verhaftete die Polizei Montag in Brüssel den österreichischen Staatsangehörigen Norbert Wariosek, welcher in Bordeaux Sterilisierungsoperationen vornahm. Norbert Wariosek gibt sich als Arzt aus, ohne es aber zu sein. Er stammt aus Marienburg, das nunmehr auf jugoslawischem Gebiete liegt, und kam in Belgien mit jugoslawischen Terroristen zusammen. Bei der Verhaftung stellte er jedwede Teilnahme an Sterilisierungsoperationen in Abrede, doch sollen in seiner Wohnung viele ihn überführende Gegenstände gefunden worden sein. Die Sterilisierung ist in Frankreich gesetzlich verboten und wird mit Zwangsarbeit bis auf Lebensdauer bestraft. Die Sterilisierung befindet sich aber im politischen Programm der Anarchisten. Sämtliche Personen, im ganzen 15, welche sich von Wariosek sterilisieren ließen, sollen Anarchisten sein.

Hingerichtet. Dienstag in Leipzig der 1905 geborene Richard Albert Standfuß hingerichtet worden, der vom Schwurgericht in Leipzig wegen Raubmord zu zehn Jahren Zuchthaus und wegen Mordes zum Tode verurteilt worden ist. Standfuß hatte sich am Abend des 15. Mai 1934 im Gaudorfer Wald bei Leipzig an der 17-jährigen Irmaard Värtholt vergangen und sie dann in eine in der Nähe befindliches Schloßloch gestürzt, in dem sie durch Erstickung den Tod fand.

Rückgang der Slowenen-Biffer in Kärnten. Aus Wien wird berichtet: Nach den Meldungen aus dem Burgenland über die letzte Volks-

zählung, bei welcher die kroatische Minderheit im Vergleich zum gesamten Bevölkerungszuwachs nur einen geringfügigen Rückgang aufwies, und sich ziffernmäßig auf dem Stande vom Jahre 1923 hielt, folgte nunmehr der Bericht über die Volkszählung in Kärnten. Im Jahre 1923 wurden bei einer Gesamtzahl von 331.842 Seelen in Kärnten 37.292 Slowenen gezählt, im Jahre 1934 bei einer Gesamtzahl von 376.988 nurmehr 26.738 Slowenen, von denen 24.847 die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Dies bedeutet einen Rückgang von 10,1 auf 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 1880 wurden auf dem gegenwärtigen Gebiet von Kärnten noch 85.000 Slowenen gezählt, zehn Jahre später 84.600, im Jahre 1900 nurmehr 75.000, zehn Jahre später nurmehr 66.000 und schließlich sank in den Jahren 1923—34 die slowenische Minderheit zahlenmäßig auf den oben angeführten Stand. Der Rückgang der Slowenen kommt dem Zuwachs der deutschen Bevölkerung gleich.

„In aller Bequemlichkeit . . .“ Der italienische Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt, General Valle, erklärte während der Debatte im Senat, daß man binnen kurzem in einer Höhe von 10.000 Metern mit einer Stunden-Geschwindigkeit von 1000 Kilometern, und zwar in aller Bequemlichkeit werde fliegen können.

„Schluß mit der Todesstrafe!“ Während der Hinrichtung des wegen Mordes zum Tode verurteilten Deckoffiziers Leonard Weigstod im Wandsworth-Gefängnis bei London veranfaltete vor den Gefängnistoren die Engländerin Van der Eist, Gründerin des Vereins gegen die Todesstrafe, eine große Protestkundgebung, die die Polizei zum Einschreiten veranlaßte. Drei Flugzeuge, die große Flugzeuge mit der Aufschrift „Schluß mit der Todesstrafe“ trugen, kreisten dauernd in niedriger Höhe über dem Gefängnis. Ferner waren große Lautsprecherwagen aufgestellt, von denen Kirchenlieder gespielt wurden. Auf Hunderten von Plakaten wurde gegen die Todesstrafe protestiert. Einige Frauen knieten sogar heidend nieder und die Menge zerstreute sich erst, als ein Beamter die Nachricht von der Vollziehung der Todesstrafe am Gefängnistor ansah.

Einen Sonderausflugzug nach Brünn und der Moravia veranfaltete die tschechoslowakischen Staatsbahnen am 4. und 5. Mai für Kč 190.—. Einen Ausflugszug nach Sternberg an der Sázawa expedieren die tschechoslowakischen Staatsbahnen am 5. Mai für Kč 43.— mit Verforgung und Führung. Anmeldungen mit Kč 20.—, Anablung im Bazar neben dem Wilsonbahnhof, Telefon 383.35.

Achtzig Todesopfer einer Explosion im Muidener Arsenal

Schanghai. Wie die Zeitung „Dung Shunpao“ erst jetzt meldet, soll im Arsenal in Muiden am 30. März ein Großfeuer ausgebrochen sein, das achtzig Todesopfer gefordert und außerordentlich großen Schaden angerichtet hat. Das Feuer wird auf eine Kesselerplosion zurückgeführt, die, wie vermutet wird, durch Schmelzwerkzeuge herbeigeführt wurde. Das Stanzrecht sei sofort verhängt sowie der Vizdirektor des Arsenalis und mehrere Arbeiter seien bereits verhaftet worden.

Nach einer weiteren Mitteilung sind bis jetzt 64 Tote geborgen worden. Die Explosion war so stark, daß mehrere Tote zu Meilen vom Arsenal entfernt gefunden wurden. Die japanische Polizei hat 13 Verhaftungen vorgenommen.

Und eine entsetzliche Explosion in Korea

Seoul. In Korea, in der Provinz Kanshanando, ist Montag nachmittags ein in einer Stickstoff- und Düngemittelanlage angebrachter Wasserstofftank explodiert. Sieben Arbeiter

Programm der Pädagogischen Woche in Tepliz-Schönau

Das endgültige Programm der Pädagogischen Woche sieht nun fest. Es sieht vor:

Sonntag, den 14. April, abends 8 Uhr: Feierliche Eröffnung und Begrüßungsabend. — Montag, 15. April, vormittags 9 Uhr: Professor Dr. Alfred Kleinberg (Karlsbad): „Wie betrieblig in Geschichte und Unterrichtsprache Völkerverständigung?“; nachmittags 3 Uhr: Aussprache. — Dienstag, den 16. April, vormittags 9 Uhr: Prof. Dr. Kliboda (Prag): „Der Gedanke der Völkerverständigung in den neuen Lehrplänen für Volksschulen, Bürger- und Mittelschulen.“; nachmittags 3 Uhr: Redaktionsleiterin Wilhelmine Fischer (Kuffau): „Wie wirkte ich für die Völkerverständigung in der Volksschule?“ — Mittwoch, den 17. April, vormittags 9 Uhr: Aussprache. Am 11 Uhr spricht Minister Dr. Ivan Tereš über: „Wie lauter Lehrer für die Völkerverständigung wirken?“ Abends 8 Uhr: Lehrer Benno Bräuer (Böhm-Leipa): „Esperanto und Völkerverständigung.“ — Donnerstag, den 18. April, vormittags 9 Uhr: Univ.-Prof. Dr. Emanuel Rádl (Prag): „Wie ist die Demokratie nationale Konflikt?“

Alle Vorträge finden im städtischen Kurhaus statt. Die Teilnehmergebühr beträgt 25 Kč, der Besuch des Einzelvortrages kostet 5 Kč. Das Schulministerium hat allen Teilnehmern einen generellen Urlaub erteilt. Hieron verhandigen die Teilnehmer einfach die Schulleitung.

Der im Programm vorgesehene Vortrag des Außenministers Dr. Eduard Beneš mußte infolge außerpolitischer Ereignisse verschoben werden und wird voraussichtlich am 20. April stattfinden. Den händigen Teilnehmern der Pädagogischen Woche ist dieser Vortrag unentgeltlich zugänglich.

In der Zeit vom 14. bis 15. April wird im Verbindung mit der Pädagogischen Woche im städtischen Kurhaus eine

große Bühnenaufführung veranfaltete. Der Besuch ist Lehrern und Eltern unentgeltlich zugänglich.

Kustodirte Teilnehmer erhalten sehr gute Unterkunft und Verpflegung zum Betrage von 100 Kč für die ganze Dauer der Veranstaltung. Junglehrer zahlen 120 Kč. Das Eisenbahministerium hat den Teilnehmern die 50prozentige Fahrpreisermäßigung erteilt. Zu ihrer Beschaffung ist aber sofortige Anmeldung notwendig.

Anmeldungen und Auskünfte bei Prof. Dr. Rudolph Köhler, Tepliz-Schönau, Duxerstraße 16.

Bei dem Bau einer Brücke über den Fluß Bernardynka bei Kallisch (Polen) stürzte ein Gerüst ein; fünf Arbeiter wurden in den Fluß von denen zwei den Tod fanden. Vier andere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Eine Anzahl Arbeiter kam mit leichten Verletzungen davon.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Donnerstag: Prag, Sender 2: 10.05: Deutsche Presse, 11: Schallplatten, 12.10: Operarien, 13.45: Leichte Musik, 17.20: Klavierkonzert, 17.50: Deutsche Sendung; Jugendstunde, 18.25: Deutsche Arbeiterfunk; Josef Hubl: Schule und Völkerverständigung, 18.45: Sozialinformationen, 19.15: Wir lernen russisch, 20: Frauenchöre, 20.20: Dichter der Jugend, 21: Orchesterkonzert, Sender 3: 14.30: Tanzlieder, 15: Deutsche Sendung; Dr. Sturm: Baugewerbe, 15.20: Gdanskons. — Bräun 13.35: Deutscher Arbeitsmarkt, 15.55: Orchesterkonzert, 17.30: Volkstanz und Bericht auf Schallplatten, 17.50: Deutscher Arbeiterfunk; Dr. W. u. e. l.: Neue Bücher für die Arbeitslosen, 19.30: Russische Romane, 22.25: Radiodramme. — Mährisch-Ödrau 17.50: Deutsche Sendung; Hebbart: Vortragsabend im Garten von heute, 18.30: Viederkonzert.

In der Prager deutschen Arbeiterfunktion am kommenden Sonntag spricht nicht, wie irrtümlich angegeben, J. Freyberg, sondern Dr. Otto Löwe, und zwar über „Ehe und Ehe“.

wurden sofort getötet, 44 wurden verletzt und 500 erlitten eine Verletzung des Trommelfells. Alle Fensterböden in den Nachbarhäusern sind infolge des riesigen Luftdruckes zertrümmert worden. Die Bevölkerung, die von Panik ergriffen wurde, flüchtete auf die Hügel in der Umgebung der Stadt.

Ausweis für den Monat März

Die erste Zahl bedeutet Parteistands, die eingeklammerte Wahlstands.

Bodenbach 3600 (900) KČ, Karlsbad 6580 (1730) KČ, Landskron 400 (100) KČ, Pilsen-Pudweis 1210 (250) KČ, Prag 454 (110) KČ, Přebuz 104 (24) KČ, Reichenberg 1360 (340) KČ, Sternberg 1810 (400) KČ, Teplice-Saaz 2720 (680) KČ, Troppau 1400 (350) KČ.

Dimitrije Tuhowitsch

Aus Anlaß eines Buches
Von Hermann Wendel.

Alles das, was sich in Belgrad trotz des Verbots der sozialdemokratischen Partei zum Sozialismus bekennend, fand sich vor wenigen Wochen auf einer ersten und würdigen Gedenkfeier für Dimitrije Tuhowitsch zusammen; zwei Jahrzehnte waren am 20. November verstrichen, seit dieser große und geniale Führer der serbischen Sozialdemokratie auf dem Schlachtfeld die Todeswunde empfangen hatte. Daran seine „Gesammelten Werke“, deren erster Band schon 1924 erschien, immer noch der Fortsetzung, so tritt jetzt Nikola M. Popowitsch mit einer umfangreichen Tuhowitsch-Biographie in serbischer Sprache auf den Plan.

Nichts könnte an sich willkommener sein als ein solches Buch, aber leider weicht es nur das Bedauern, daß ein anderer Popowitsch, Dušan mit Vornamen, der den Verfall gehabt hätte, das Bild seines Freundes in unergänzlichen Karben festzuhalten, auch den Weltkrieg nicht überlebte. Zwar ist das Werk Nikola M. Popowitschs nicht ohne jeden Wert, namentlich mit den rein tatsächlichen Angaben über den Entwicklungsgang Tuhowitschs. Geboren am 1. Mai 1881 zu Kostinje in Westserbien als Sohn einer Popenfamilie, fiel Dimitrije schon in der Volksschule durch ungewöhnliche Begabung auf. Als Realgymnasiast erst in Ušibine, dann in Belgrad begann er die sozialistische Literatur zu verschlingen und gehörte noch als Jüngling zu den eifrigsten Lesern der „Neuen Zeit“, der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Hinter der Stirn des Zwanzigjährigen schon war es fast unheimlich klar, denn seinem Ziel, der Aufrüstung der serbischen Arbeiter zur sozialistischen Idee und Tat, unerbittlich zustrebte. Als Student bereits spielte er eine politische Rolle und fand im März 1903 bei den bewegten Kundgebungen, die dem verfaulenden Regime der Obrzencowitsch das nahe Ende anzeigten, in vorderster Reihe: ein Redner, zwei Meter hoch, ein Turm in der Straßenschlacht. Da der gewalttätige Tyrannienwechsel des gleichen Jahres rüstige politische Arbeit gestattete, fürzte sich Tuhowitsch leidenschaftlich auf die Aufgabe, der er sich mit Leib und Seele verschrieben hatte. Als Sekretär der jungen sozialistischen Organisation, als ihr Vertreter im Internationalen Bureau, als Lehrer an der Belgrader Arbeiterbildungsschule, als Redakteur des täglich erscheinenden Parteiblatts, als Herausgeber der wissenschaftlichen Revue „Der Kampf“, als Versammlungsbredner, als Journalist, als Verfasser von Propagandabroschüren, als Kandidat bei den Stupšinawahlen trug er titanische Arbeitslast auf seinen breiten Schultern und fand bei allem noch die Zeit, das sozialistische Frauenwerk zu betreiben, den Gewerkschaften den Weg zu weisen und sich um das Genossenschaftswesen zu kümmern: Herz und Hirn der sozialistischen Bewegung in Serbien — dieser Dreißigjährige, den eine dumme österreichische Kugel in die Brust traf, war es wirklich.

Diese heroische Bewalt und diese beispielhafte Laufbahn für uns lebendig zu machen, ist Popowitsch nur in geringem Maße gelungen. Schon daß das Buch nur den Organisator und Agitator, stets den offiziellen und nie den privaten Menschen zeigt, gibt dem Porträt eine seltsame Starrheit; es fehlen die belebenden kleinen Züge wie der Umstand, daß Tuhowitsch statt des ganzen Vornamens mit seinem frommen Peitlang immer nur den Anfangsbuchstaben D. setzte — etwa, als wenn ein deutscher Revolutionär Pücheggott hieße und sich dessen schämte. Aber auch auf dem Bild des Führers Tuhowitsch, der doch auch die Fehler seiner Tugenden hatte, rinnen die Narben ineinander, weil der Pinsel zu begeistert drauflos wütete. Nur naive Heiligengeschichten sind sonst in diesem Stil vollkommen unkritischer Bewunderung verfaßt. Popowitsch möchte zu hundert Teilen marxistisch sein, aber ist es Marxismus, wenn in dieser Darstellung die sozialistische Bewegung so aus dem Kopfe Tuhowitschs entspringt wie die Iri-nerva dem Haupte des Zeus? Sicher leistete der junge Popensohn aus Kostinje Ungleiches, aber doch nur unter kluger Ausnutzung der gegebenen Umstände. Nicht weil Tuhowitsch lam, entstand die moderne Arbeiterbewegung in Serbien, sondern weil Serbien reif war für die Entstehung einer modernen Arbeiterbewegung, lam Tuhowitsch.

Statt sich in diese Zeitbedingtheit der Rolle Tuhowitschs zu vertiefen, stellt Popowitsch ihn vor den dunklen Hintergrund nicht etwa der bürgerlichen Gegner, sondern der eigenen Mißstreiter. Weisheitsweise, zum Wahren reizende Polemik behandelt die zum Teil noch lebenden und vielen Parteigenossen, die an der Seite Tuhowitschs wackere Geburthsheifer des serbischen Sozialismus waren, recht von oben herab, und gegen die Sozialdemokratie, vor-

Das Schicksal der deutschen Emigranten

Im den von gewisser Seite geflüstert aufgestellten und immer wiederholten falschen Behauptungen entgegenzuwirken, gab der Sekretär der Liga für Menschenrechte, Herr Banke, in einer Pressekonferenz umfassende Auskunft über den Stand der reichsdeutschen Emigration. Es sind nach den Feststellungen des Hohen Flüchtlingskommissars

insgesamt 65.000 Emigranten aus Deutschland geflohen,

und zwar 40.000 bis 45.000 Juden, 5000 bis 6000 Sozialdemokraten, 6000 bis 8000 Kommunisten; der Rest verteilt sich auf Pazifisten, Demokraten, Katholiken und andere Flüchtlinge. Von dieser Gesamtzahl, in der die etwa 4000 Sozialflüchtlinge nicht inbegriffen sind, haben 28.000 Emigranten in Palästina (20.000), in Amerika (7500), Südafrika (250) und in anderen Ländern, darunter die Sowjetunion (500) eine neue Heimat gefunden. Die übrigen verteilen sich auf die europäischen Länder wie folgt: Frankreich 14.800, Großbritannien 2500,

Tschechoslowakei 1500,

Italien 1500, Spanien je 1000, Desterreich 900, Belgien 400, skandinavische Länder 300, die restlichen Länder zusammen 1000. Von den in der Tschechoslowakei lebenden Emigranten sind 800 Juden, 300 Sozialdemokraten, 350 Kommunisten und 50 Pazifisten usw. Sie werden von verschiedenen Komitees betreut, von denen das Jüdische Hilfskomitee bisher rund 2,7 Millionen KČ für jüdische Flüchtlinge verausgabte. Die Demokratische Flüchtlingsfürsorge hat 300.000 KČ und 150.000 KČ in Sachwerten aufgebracht. Das Hilfskomitee für deutsche Emigranten (Salva-Komitee) hat 450.000 KČ aufgewendet. Die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe hat bisher 1.070.000 KČ, davon 900.000 KČ in bar verbrocht.

Von den rund 1500 deutschen Emigranten,

nehmlich die österreichische und deutsche, wie gegen die Zweite Internationale überhaupt spuckt das Buch Gift und Galle eines und nur zu gut bekannten Zergans. Daß Tuhowitsch gelegentlich Grund hatte, der österreichischen Partei mangelnde Kenntnis der einen oder anderen Vorkämpfer vorzubringen, liefert seinem Biographen den Anlaß zu unholdem Geschimpfe auf „die verräterische und schamlose Haltung der österreichischen Sozialdemokratie“, auf „die schamlose und feige Verräterei der gesamten Sozialdemokratie“ und auf die Zweite Internationale, die „bewußt den Weltkapitalismus in seinen imperialistischen Bestrebungen unterstützt“ habe und, nämlich 1914, „im chauvinistisch-imperialistischen Sumpf erstickt“ sei. Da der „Vagabund“ der „Sozialpartei“ derart die faulen Eier um die Köpfe stiegen, entbillt sich der unverborgene Iwed des Buchs; es will Tuhowitsch, der sich im Grab nicht wehren kann, für den Kommunismus reklamieren!

Dieses kühne Unterfangen Popowitschs ist freilich ein Versuch am durchaus unzulässigen Objekt. Es widerspricht der geschichtlichen Wahrheit, daß Tuhowitsch in der Internationale nur mit der winzigen Minderheit harmonisiert habe, die um Rosa Luxemburg, Trotsky und einige andere eine Vorfrucht des Bolschewismus darstellte. Der Kautsky als seinen großen Lehrer verehrte, lebte und webte ganz in den Gedankengängen der deutschen Sozialdemokratie, und wie Syren vor dem Winde zerfanden die Behauptungen Popowitschs allein vor dem Artikel Tuhowitsch zum sechzigsten Geburtstag Viktor Adler. Dort bewies der Führer der serbischen Sozialdemokratie, wie meilenfern er jedem dicken Doktrinarismus stand, denn den Führer der österreichischen Sozialdemokratie, der beim besten oder bösesten Willen nicht als unbewußter Bolschewist angesprochen werden kann, feierte er schwärmerisch als einen Politiker, der vollkommen frei und unabhängig sei von den „genialen Formeln“ der marxistischen Wissenschaft: „Viktor Adler ist ein sozialdemokratischer Politiker, der die Mühnheit hat, frei die Wirklichkeit zu betrachten, jede Lage selbständig abzuwägen und gemäß der Abwägung des Tatbestandes die Haltung der Partei zu bestimmen. In der praktischen Arbeit wendet er keine fertigen Maßstäbe und schon formulierten Kalkülgel an; bei jeder praktischen Arbeit ist er der Mensch, der beobachtet, nachdenkt, analysiert, schafft und eine originale Leistung liefert“ und deshalb das leuchtende Vorbild Tuhowitschs.

Noch gründlicher hat Tuhowitsch die salzlosen Schimpferien seines Biographen auf die „Verräter“ der Zweiten Internationale erledigt. Zweifellos traf den feurigen Idealisten das Verhängen der Internationale im August 1914 hart, aber er war historisch und soziologisch zu geschult, um mit dem bequemen Geißel: Verrat! seine Seele zu entlasten, sondern er dachte nach und trug am 17. November, drei Tage vor seinem Tod, das Ergebnis seines Nachdenkens in sein Kriegstagebuch ein. Betrachtungen, die Popowitsch, weil sie nicht in seinen kommunistischen Kram passen, allerdings unterdrückt. Denn Tuhowitsch weiß es wohl von sich, die sozialistischen Parteien der in den Krieg hineingeratenen Länder des Verrats am Sozialismus zu zeigen. Vielmehr findet er die

die gegenwärtig noch in der Tschechoslowakei leben, bedürfen 970 noch der Unterstützung.

von denen 220 auf die Sozialdemokratische Flüchtlingshilfe entfallen. Es wird jedoch immer schwieriger, die Mittel für die fernere notwendige Hilfe aufzubringen. Und während die deutsche Emigration ernsthaft nicht als ein politisches Problem bezeichnet werden kann und bisher es noch nie vorgekommen ist, daß ein politischer Emigrant sich in die innerpolitischen Verhältnisse des Wahllandes eingemischt hätte, wird

das Schicksal der deutschen Emigranten immer mehr zum sozialen Problem.

Das Memorandum schildert die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Unterbringung nicht-jüdischer Flüchtlinge in überseeischen Ländern bereitet, weil sie auch da, wo sie möglich wäre, so oft am Fehlen der für die Lebensführung nötigen Mittel scheitert. Da aber die Notunterstützung kein dauernder Zustand sein kann, wird die endgültige Unterbringung in dafür geeigneten Ländern immer wieder angeht werden müssen. Darum appelliert der Berichtshalter vor allem an die Sowjetunion und auch an die skandinavischen Länder, mehr deutsche Flüchtlinge aufzunehmen als bisher. Für einen Rest aber werde es auch dann noch nötig sein, daß der Staat sich bereit findet, 400 bis 500 Arbeitsbewilligungen für deutsche Emigranten zu geben, für die bisher noch nicht eine einzige erteilt worden ist. Nicht auf dem Wege der bloßen Unterstützung, sondern nur durch tätige Hilfe, die in dieser oder jener Form eine wenn auch noch so bescheidene neue Existenz auf Grund eigener Leistung ermöglicht, sei eine Sicherstellung der deutschen Emigration denkbar.

Herr Banke ging dann noch auf die Frage der Ausweisungspraxis ein, für die er die Einrichtung einer Art Gerichtshof, an den in Ausnahmefällen alle übergeordnete und entscheidende Behörde appelliert werden könne, als dringend nötig bezeichnete.

tiefer Schuld im widerspruchsvollen Gefüge der kapitalistischen Ordnung. Solange man an der Beseitigung der Kriegsgefahr arbeiten mußte, offenbarte sich die Einmütigkeit der Internationale aus Mangelnde. Aber als man in den Strudel eines Kampfes hineingerissen war, der alle internationalen Verhältnisse von Grund auf umzukampeln droht, kamen diese Interessen aufs Tapet, denen gegenüber auch das Proletariat nicht gleichgültig bleiben kann. Der Widerspruch dieser Interessen ist augenscheinlich; aus ihm ergeben sich die Zusammenstöße. Aber minder augenscheinlich und doch ebenfalls richtig ist, daß der kriegerische Zusammenstoß, der daraus entspringt, auch Interessen vernichtend treffen kann, die nicht nur die der Welt, sondern auch die der Nation, der Kultur, des Fortschritts und, wenn man will, des Proletariats sind. Und je mehr ein Land kapitalistisch entwickelt ist, je mehr es sich vom Kleinbetrieb und Kleinrentier entfernt hat, desto stärker die Gesamtheit den Einzelnen abstrahiert hat, desto weniger kann das Proletariat gegenüber den Existenzbedingungen dieser Gesamtheit, seines Landes und seines Volkes, gleichgültig bleiben“.

In diesen überlegten und überlegenen Sätzen steckt mehr wahrer Marxismus und wirklicher Sozialismus als in dem ganzen Buche Popowitschs, das weder im Wollen noch im Können seinem Gegenstand gerecht wird. Die Biographie, die Dimitrije Tuhowitsch hundert für einmal verdient, ist noch zu schreiben.



Auch Deine Blumen
blühen so schön, wenn Du sie mit dem guten
Blumen-Zauberdrug
pflegst!
1 Paket KČ 5.80, durch die Verwaltung der „Frauenwelt“, Prag XII., Hořkova st. 62, und bei allen Kolporteurern erhältlich.

Pensionen bis zu 27 Prozent gekürzt

— Im christlichen Ständestaat!

Wie n. Der Bundestag nahm kürzlich den Gesetzentwurf über die Reform der Sozialversicherung an. Auf Grund dieses Gesetzes, das teilweise am 1. April und teilweise am 1. Juni d. J. in Kraft treten wird, werden die Pensionen der ehemaligen Angestellten um 4 bis 22½ Prozent gekürzt. Außerdem müssen die Pensionisten den Beitrag zur Krankenkassa selbst zahlen, was einen weiteren Abzug von 4½ Prozent bedeutet.

Rekordterror in Danzig

Alle sozialistischen Kandidaten verhaftet!

Dem „Daily Herald“ wird aus Warschau gemeldet, daß die Danziger Naziregierung alle sozialistischen Kandidaten zu der Volksratswahl am 7. April verhaftet hat, was natürlich als „Schuhplätt“ gegen Angriffe auf unsere Genossen ausgegeben wird. Einige bekannte Sozialisten konnten noch rechtzeitig nach dem polnischen Odzina (Odzina) flüchten. Täglich werden Genossen und Zentrumskandidaten verhaftet. Nazibanden üben ihren Terror nicht nur auf den Straßen und in öffentlichen Lokalen aus, sie brechen auch in Wohnungen ein und schlagen die Bewohner nieder, um dann ungehindert „anzufinden“, wobei natürlich allerhand mitgenommen oder verwüthet wird. Unser Danziger Parteiblat ist bekanntlich verboten. Dafür sind in dieser Volksratswahl die Nazihauptlinge Riß und Streich eingeklinkt.

Neuwahlen in Griechenland

Das griechische Abgeordnetenhaus soll in kürzester Zeit aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich am letzten Sonntag im Monat April stattfinden. Das neue Abgeordnetenhaus wird den Charakter einer verfassungsgebenden Nationalversammlung tragen. Die Mehrheit werden die Abgeordneten der Volkspartei (Elaftiko) und der radikalen Partei (Kondilis) besitzen, die miteinander eine enge Koalition eingehen werden. Man nimmt an, daß eine neue Oppositionspartei gegründet werden wird, welche die Anhänger der bisherigen Partei (Venizelos) umfassen wird. An die Spitze dieser neuen Partei soll der Abgeordnete Papandreou treten, welcher einer der Führer der Venizelisten im heutigen griechischen Abgeordnetenhaus ist.

Frühlose Entlassung eines Kranken Angestellten nach 34 Dienstjahren

Josef A. war durch 34 Jahre Angestellter der Firma Weider Sattler, Schmalzwarenfabrik in Pöchlarn, Budweis un. leitete deren Prager Niederlassung.

Am 11. November 1934 ist er schwer erkrankt. Am 12. Februar 1935 schickte die Firma ihrem schwer kranken Angestellten einen Brief, in welchem sie ihm für seine langjährige Tätigkeit dankt, in welchem sie ihm aber gleichzeitig mitteilt, daß sie ihn wegen seiner Krankheit fruchtlos entläßt.

In diesem Briefe sagte es sich nun, daß das im Vorjahre beschlossene neue Privatangelegenheitsgesetz, insbesondere für alle Angekündigte, sehr wertvolle Bestimmungen enthält, an die sich die Firma allerdings nicht gehalten hat. Nach § 19 des Privatangelegenheitsgesetzes behält ein Angestellter, wenn er seine Arbeiten wegen Krankheit oder Unfall nicht leisten kann, seinen Anspruch auf volle Gehaltszahlung bis zu sechs Wochen. Bei einem Dienstverhältnis, das schon zehn Jahre abgedauert hat, verlängert sich diese Frist um vierzehn Tage und bei jedem folgenden fünf Jahren um eine Woche.

Im vorliegenden Falle hatte der Angekündigte seinen Anspruch auf Gehaltszahlung durch zwölf Wochen. Diesem gesetzlichen Anspruch ist die Firma nachgekommen und zahlte dadurch aller Verbindlichkeiten gegen den Mann ledig zu sein, der dreieinhalb Jahre schneite in ihren Diensten gestanden war.

Sie ließ sogar die Gehaltsbezüge mitten im Monate enden.

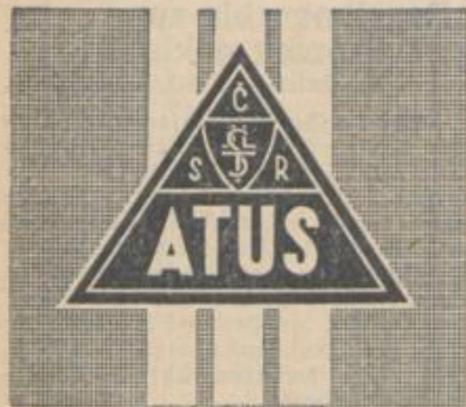
Die Firma überließ jedoch, daß das Privatangelegenheitsgesetz noch eine weitere Schutzbestimmung enthält, nämlich in § 21, wo gesagt wird, daß wegen einer Arbeitsverhinderung, die durch Krankheit, Rückkunft oder unverschuldeten Unfall verursacht wird, der Angekündigte nicht vorzeitig entlassen werden darf, es sei denn, daß die Verhinderung noch um 14 Tage länger dauert, als die Frist beträgt, für welche dem Angestellten der Anspruch auf Gehaltszahlung gewährt ist.

Da sich nun im vorliegenden Falle die Firma mit der fruchtlosen Entlassung so sehr beeilt hat, daß sie nicht einmal diese weiteren 14 Tage abgewartet hat, klagte der Beamte durch Dr. Schwelb beim Prager Arbeitsgericht wegen unverschuldeter, fruchtloser Entlassung auf Zahlung der vollen Gehaltsbezüge bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses im Falle einer arbeitsunfähigen Kündigung. Da nun für Angekündigte mit mehr als 20 Dienstjahren die Kündigungsfrist fünf Monate beträgt, hätte Josef A. daher nur am 1. März 1935 mit Ende Juli 1935 gekündigt werden können. Er klagte daher seine Dienstbezüge für fünfzehn Monate ein.

Das Arbeitsgericht in Prag hat bei der am Dienstag unter Vorsitz des Ob. Dr. Doljisch abgehaltenen Verhandlung der Klage stattgegeben und die Firma Weider Sattler zur Zahlung der Dienstbezüge für fünfzehn Monate und zum Ersatz der Prozesskosten verurteilt.

Der Vertreter der Firma, der Industriellen-Sekretär Weber, wendete ein, daß dem Kläger der Anspruch nur dann zustünde, wenn er gesund wäre. Das Gericht ist jedoch auf eine derartige Auslegung einer sozialpolitischen Bestimmung nicht eingegangen.

PRAGER ZEITUNG



KREISTURNFEST

Die große Festbeitragsermäßigung zum Kreisturnfest der Arbeiterturner in Aussicht.

Wieviel Kč müßt du bezahlen, um alle Veranstaltungen am Kreisturnfest des Atus besuchen zu können?

An den Kassen!

Samstag nachmittag: Wettkämpfe der Turner, Turnerinnen, Sportler, Sportlerinnen, Ringer, Schwimmer, Schachspieler, Fußballer, Turnspieler Kč 2.—

Samstag abends: Große Abendfeier! Kunstspinnnen der Schwimmer; Vorführungen der Schwimmertinnen; Sprach- und Bewegungsthor der S. R.; Kunstgeräturnen der besten Turner des Kreises; Feuerwerkskavinen des 1. Bezirks (200 Mitwirkende); großes Bengalfestwerk (Raketen) Kč 2.—

Fackelzug der 10.000 Atusmitglieder.

Sonntag vormittags: Mannschaftsturnen, Vereinswettkämpfe (150 Vereine und Mannschaften), Hauptprobe der Massenübungen, Wettkämpfe und Schlußveranstaltungen Kč 2.—

11 Uhr Festzug aller Festteilnehmer.

Sonntag nachmittag: Massenvorführungen der Knaben, Mädchen, D.R., Fußballer, Turner, Frauen Kč 4.—

Große Abschlußkundgebung.

Nachtquartier.

Festbesucher, die also alle angeführten Vorführungen am Kreisturnfest besuchen und den Eintritt an den Kassen bezahlen, haben (außer Quartier) Kč 10.— zu entrichten.

Dauerkartenbesitzer zahlen nur die Hälfte.

Achtung! Die Dauerkarte berechtigt zum freien Eintritt in alle oben angeführten Veranstaltungen. Dauerkartenbesitzer erhalten als besondere Begünstigung freies Nachtquartier.

Die Dauerkarte kostet nicht 10, sondern nur Kč 5.—

Dauerkartenbesitzer haben die Berechtigung, die Sportzüge zum Kreisturnfest zu benutzen. Auf den Sonderzügen wird eine 50 prozentige Fahrpreisermäßigung gewährt.

Die Dauerkarte zu Kč 5.— erhalten aber nur jene Festbesucher, welche diesen Betrag bis spätestens 30. April 1935 an den Kreis bezahlt haben.

Freunde der Atus-Bewegung! Sicher euch diese große Begünstigung. Bestellt sofort die ermäßigte Dauerkarte zum Kreisturnfest. Jeder Turnvereinsmann, jeder Lokalvertrauensmann nimmt die Bestellungen entgegen.

Atus-Mitglieder! Schneidet den heutigen Ausruf für das Kreisturnfest aus und werdet damit bei allen Arbeitern eures Ortes für das Kreisturnfest.

Der letzte Einzahlungstermin für die ermäßigte Dauerkarte

ist der 30. April 1935.



Macht uns froh

Festband der Atus-Kinder

Samstag, 6. April, 6 Uhr abends, großer Radiosaal

Gymnastik, Turnen, Singpiel, Bewegungsthor der Buben u. Mädchen unter Mitwirkung der „Roten Falken“. Karten bei Optiker Deutsch

Die Selbstmordchronik. Gestern mittags trank die 30-jährige Chemikerin Rudmila Strigl in ihrer Wohnung in W u b e n e ein unbekanntes Gift. — Eine Stunde später trank die 22-jährige Hausgehilfin einer Familie in Prag II., Reboleci, in selbstmörderischer Absicht vom Mai Welschtrahle in die Moldau. Er wurde ins Krankenhaus auf der Pulovka gebracht. Das Motiv der Tat ist in allen drei Fällen unbekannt. Gestern um 8 Uhr früh wurde der 30-jährige Sekretär Karl Stábel in seiner Wohnung in Prag II., Puhovská 52, tot auf dem Bette gefunden. Er hatte ein unbekanntes Gift getrunken. Die Leiche wurde ins Institut für gerichtliche Medizin überführt. — Um 1 Uhr mittags sprang ein unbekannter, etwa 20-jähriger Mann von der Pauer, die beim Vitebsky die Eisenbahnstraße vom Rajarabahnsteig nach Lieben umfließt, vor einen fahrenden Lastzug. Der linke Fuß wurde ihm über dem Arm abgerissen und der linke Arm zerquetscht; außerdem erlitt er Verwundungen am Kopf. Er wurde von der Rettungsgesellschaft ins allgemeine Krankenhaus überführt; nach seiner Identifizierung wird geforscht. Er ist mittelgroß und brünett mit braunen Augen und rundem Gesicht. Er trug ein violettes, kariertes Hemd, schwarze Halbhuhe, einen graufarbenen Anzug und grauen Halberziehler; letztere beiden stammen von der Firma Ladislav Wavra aus Choruhje.

Gerichtssaal

Der Prozeß gegen die neun kommunistischen Agitatoren

Die der staatsfeindlichen Propaganda unter den Soldaten unserer Armee angeklagt sind und über deren Sache wir bereits eingehend berichtet haben, wurde Dienstag forensisch. Da die Verhandlung geheim ist, kann über ihren Verlauf nicht berichtet werden. Das Urteil wird Mittwoch erfolgen.

Die zweite Schwurgerichtsperiode dieses Jahres

wird am 8. April eröffnet. Auf dem Programm dieser Session stehen vorläufig neun Fälle, so daß sich diese Schwurgerichtsperiode bis knapp vor die Osterfeierzeit hinziehen wird. Zur Verhandlung gelangen drei Anklagen wegen Mordes, zwei, Kindestorb, zwei Anklagen wegen Raub, zwei Anklagen wegen Raub mit Gewalt und je eine Anklage wegen Raub mit Gewalt und Geiselnahme.

Kunst und Wissen

Kammermusikant. Bei seiner vierten satzungsgemäßen Aufführung hat der Prager Deutsche Kammermusikverein in seiner zahlreichen Hörerreihe einen besonderen kammermusikalischen Leckerbissen: Ein Streichquartett von Johann Bach, dem aus der Zeit der Vorklassik nach Bach stammenden hochbedeutenden tschechischen Komponisten, der Schüler des berühmten tschechischen Meisters Cernoborsky war und sein Leben im Irrenhause beschloß. Ein Requiem von Jach hat ein vorwiegendes feine Wiedererweckung erlebt und überraschte durch seine modern wirkende musikalische Haltung im Sogden und in der Instrumentation. Auch Jachs sechsstimmiges Streichquartett, das man vorgelesen hätte, war wertvoll, wiedererweckt und der Vergessenheit entrissen zu werden. Denn es zeigt



Brian Aberne als Bildhauer Richard Waldow in dem Marlene Dietrich-Film „Lieb der Liebe“

seinen Schöpfer als seiner Zeit vorausweisenden genialen Musiker, der in der harmonischen Gestaltung Neues und Besonderes für seine Zeit schuf und fand. Sein Quartett wirkte nicht als rein historisch zu wertende Gabe, sondern als wirklich interessantes und genurreiches Werk. Das übrige Programm des künstlerisch bedeutenden Kammermusikabends enthielt die Streichquartette von Johannes Brahms, opus 51, und von Max Reger, opus 109, zwei Werke, die in der Größe ihrer formalen Anlage, in der kunstreichen Struktur ihres Satzes und in ihrer bescheidenen Ausdruckweise viel Gemeinsames haben. Künstlerische Meister der Streichquartette waren die vorzüglich zusammengestellten, technisch und geistig gleich tüchtigen Herren des Prager Streichquartetts (Primarius Wily Schwedda).

Freitag halb 9 Uhr Studio-Aufführung moderner Opern-Ginakter, und zwar „Saul“ von Reuiter, „Armer Matrose“ von Milhaud, „Reinold“ von Strawinsky. Musikalische Leitung: Paul Kron. Kč 12.— bis 45.—

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch halb 8 Uhr: Das unbekannte Mädchen, G 1. — Donnerstag halb 8: Margarete, G 1. — Freitag halb 8: Gräfin Kariba, D 2. — Samstag halb 8: Das unbekannte Mädchen, G 1. — Sonntag halb 8: Bolensblut, Arbeiter-Vorstellung; halb 8: Margarete, G 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Ein Glas Wasser. — Donnerstag halb 8: Kräulein Julie. Der Kammerfänger, neuinszeniert. — Freitag halb 9: Opernstudie. — Samstag 8 1/2: Fremdenverkehr. — Sonntag 3: Straßenmusik, 8 Uhr: Mädchen für alles.

Vereinsnachrichten

Festakademie

anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Am Samstag, dem 6. April, abends 8 Uhr im Radisofaal. I. Teil: Wir marschieren! II. Teil: Eine bunte Atus-Stunde. III. Teil: Proletarier vereint! Euch! Heber 130 Mitwirkende. Atus, R. W., Proletarische Singgemeinde, Kapelle Pader. Nach dem Programm Tanz, Karten zu 6 und 10 Kč sind bei den Vereinsfunktionären zu haben.

Sport • Spiel • Körperpflege

Eine Klarstellung — und doch keine!

Eine feierlich aufgemachte Klarstellung prangt auf der ersten Seite der Turnzeitung des Deutschen Turnerbundes, welche beweisen soll, daß der Deutsche Turnerbund völlig unpolitisch ist. Im weiteren folgt aber eine durchsichtige Gebrauchsanweisung, wie es gemacht wird, um unpolitisch zu sein und doch politisch zu wirken. Diese ganze Klarstellung wird vor allem in den Kreisen der Denkleisturner schallende Heiterkeit auslösen. Auch unsere Atus-Mitglieder werden sich über diese politische „Turnerei“ freuen.

Es wird also folgendes zur „strengsten Beachtung“ in Erinnerung gebracht:

Der Deutsche Turnerbund und seine Untergliederungen nehmen keinerlei Einfluß auf die politische Tätigkeit ihrer Mitglieder.

Wer es nicht glaubt, der frage Henlein oder Sandner und die „alten Kämpfer“ Krebs und Jung oder lese die alten Jahrgänge der Turnzeitung.

Es ist unter sagt, innerhalb der Vereine, Bezirke und Gauen sich irgendwie mit Politiki zu beschäftigen, für politische Parteien zu werden, deren Schriften zu verbreiten, sie zu befürworten u. dgl. m.

Also nicht „innerhalb“, sondern „außerhalb“. Das geht ja nach den Turnstunden und nach den Versammlungen so wunderbar und man bleibt dabei eine politische Jungfrau, nur etwas geschnitten.

Mitgliedschaft und Tätigkeit von Angehörigen des Deutschen Turnerbundes in den politischen Parteien, wie auch die Werbung um Mandate sind Angelegenheiten eines jeden einzelnen für sich außerhalb des Rahmens von Verband, Bezirk und Gau.

Also „außerhalb“ und nicht „innerhalb“, am besten ist es natürlich halb und halb — man kann ja nicht wissen... ob nicht wieder „Glocken läuten“.

Die Grenzen zwischen den politischen Parteien und dem Deutschen Turnerbunde dürfen durch die politische Betätigung einzelner Mitglieder nicht verwischt werden, das heißt, auf dem Turnboden und bei sämtlichen turnerischen Veranstaltungen darf keinerlei politische Betätigung stattfinden. Diese Grenzen müssen vielmehr mit größter Sorgfalt schärfstens aufrecht erhalten werden.

Das ist wirklich überflüssiges Begimmen. Die Grenzen sind zwar sehr klar gezogen, berühren sich jedoch mit gewissen anderen Abgrenzungen.

Bei der Ausübung politischer Rechte jeder Art darf weder das turnerische Heilkeid, noch irgendein turnerisches Abzeichen getragen werden. Es ist unangebracht das Tragen von Abzeichen politischer Parteien auf dem turnerischen Festkleide untersagt.

Also, das Abzeichen der Turner ist oberhalb, das der Denkleifront unterhalb des Kosttragens zu

tragen, gewechselt wird nach Bedarf. Am Übrigen ist ja das gebogene Galentrus des Deutschen Turnerbundes in aller Offenlichkeit als bestimmter politischer Ausdruck bekannt.

Mitglieder, die den unpolitischen und überparteilichen Charakter des Deutschen Turnerbundes nicht anerkennen bzw. gegen ihn verstoßen, sind von den zuständigen Stellen rüchrichtlos auszuschließen.

Also sehr vorsichtig sein, nicht an die Geschickten Krebs Volkspolitiker denken, auch nicht an die früheren Kreise der Deutschen Turnzeitung, denn sonst könnte es vorkommen, daß der ganze Deutsche Turnerbund sich selbst ausschließen müßte.

Neuer Weltrekord im Schwimmen. Der letzte Rekord des Schwedens Arne Borgs scheint dahin zu sein. Aus Amerika kommt die Meldung, daß Jack Medina die 1500 Meter Freistil in neuer Rekordzeit von 18:59.3 Min. zurücklegte. Borgs Leistung fand auf 19:07.2 Min. und wurde 1927 aufgestellt.

Verlangen Sie nur die echten Diana-Vollmilch-Malz. Weisen Sie Nachahmungen zurück.



Dolly Haas spielt die Titelrolle in dem Lustspiel „Warum trägt Fräulein Käthe?“

Der Film

Später Mai

Daß die tschechischen Filmarbeiter lieber den Schmeichlern, als den Kritikern glauben, das ist immerhin noch verständlich. Daß sie sich aber auch durch Mißerfolge nicht beleidigen lassen, grenzt schon an Unbegreiflichkeit. Unbegreiflich, daß man den Regisseur Leo Karsen, der mit der „Diagnose X“ schon überzeugend versagt hatte, weiter im gleichen Stil der hilflosen Unständigkeit und gähnenden Leere Regie führen läßt. Noch unbegreiflicher, daß man ihm eine künstlerische Handlung zu verfilmen gab, die so oder ähnlich schon mehrfach im tschechischen Film zum Vorschein kam — und jedesmal mißlingend oder unwillkürlich komisch wirkte: eine Handlung vom braunen Fortschrittskulten und vom bösen Wilderer, von der Schloßherrin, die den Adjunkten, und von der Fächerstocher, die der Adjunkt liebt — und so tollt er herum, daß es sich gar nicht lohnt, auf das happy end zu warten. Dazu ein paar romantische Lippen, deren Spähaltigkeit aber so aufdringlich betont wird, daß sie lediglich peinlich wirkt.

Nein: auf diesem Wege kann der tschechische Film keine Fortschritte machen. Statt aus Fehlern zu lernen, werden hier Fehler barinisch wiederholt. Daß man aus dem Anfänger Wanka seines einnehmenden Reuheren wegen mit Gewalt einen Star machen will, gleicht genau dem Irrtum, den man aus Schwaben des heimischen Films mit Wida Wawrowa beging. Und wenn man schon eine Darstellerin hat, die so sympathisch begabt ist, wie Dana Vitrova, die hier die weibliche Hauptrolle spielt, dann zwingt man sie gegen ihre Natur, künstlich zu sein.

Es heiße dem heimischen Film (der doch schon Leistungen, wie die Filme von Kachoth und Kril, hervorgebracht hat, der über eine ganze Reihe wirkungsreicher und wertvollere Schauspieler und über ein paar gute Kameraleute verfügt) einen klaren Dienst erweisen, wenn man Produktionen so lässlicher Art nicht eindeutig ablehnt. — eis —

Der Filmbeirat hat in seiner Sitzung vom 1. April dem Ruffenfilm „Tschapajeff“ die Einzelfreilassung erteilt.

Aus der Partei

Sozialistische Jugend, Kreis Prag. Heute, 8 Uhr abends, Gruppenabende: S. Zentrum; Die politische und wirtschaftliche Lage in der tschechoslowakischen Republik; S. Solleshowig; Die Lage der Arbeiterjugend; S. Weinberger; Der gemeinsame Abend mit den tschechischen Genossen entfällt. Statt dessen im Parteibeam Vorleseabend, 7 Uhr Ausfühung.

Wegzugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Interests werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.500/V11/1930 bewilligt. — Druckpreis: „Cebis“, Druck, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag.